

beigeheftet:
Broschüre der
Linksfraktion Altona

ALiNa

Altonaer
Linke Nachrichten

ALiNa Nr. 9 • Frühjahr/Sommer 2016

Idomeni, Lesbos, ...

Shame on you, Europe!



Gegen Rechts: Eine Politik der Hoffnung. Für die Realisierung der Grundrechte für Alle

Weltweit sind derzeit laut UN-Flüchtlingshilfswerk 59,5 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Terror, Hunger, Armut, Verfolgung und Klimawandel, so viele Menschen wie noch nie. Im Jahr 2015 kamen nach offiziellen Zahlen des Bundesinnenministeriums 1.091.894 Menschen als neu ankommende Flüchtlinge nach Deutschland. Die meisten davon aus Syrien (428.468), Afghanistan (154.046) und Irak (121.662). Einen Asyl-Erstantrag stellten im Jahr 2015 nach Behördenangaben 441.899 Menschen. Anfang 2016 dauerte es bis zu neun Monate, bevor Flüchtlinge überhaupt einen Antrag stellen konnten.¹

Die Art und Weise wie vor diesem Hintergrund hierzulande die mediale Debatte geführt wird über (Wirtschafts)Krise, Migration und Flucht trägt entscheidend dazu bei, dass AfD, PEGIDA und Co. so erfolgreich werden konnten. Allein die Tatsache, dass die ganze Zeit über eine sog. „Flüchtlingskrise“ gesprochen und geschrieben wird, zeigt die falsche Verengung der ganzen Diskussion. So wird der Eindruck erweckt, es bestehe eine Krise aufgrund der hierher flüchtenden Menschen und „die deutsche Gesellschaft“ sei damit überfordert.

Die BRD ist der Staat mit dem viertgrößten Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Welt und wird im Jahr 2015/16 wohl 1,5% der bisherigen Bevölkerung aufgenommen haben. Der Libanon (1,2% des BIPs der BRD) hat z.B. 24 Prozent seiner Bevölkerung an Flüchtlingen aufgenommen.²

Weil in der Debatte von einer wirklichen Thematisierung der Fluchtursachen abgesehen wird (daran ist die BRD u.a. durch Bundeswehreinsetze, Waffenexporte und Freihandelsabkommen wesentlich beteiligt), wird hier Ursache und Wirkung verkehrt. Darüber hinausgehend müssen wir auch innerhalb der BRD unseren Blick auf die sozialen und ökonomischen Strukturen richten, die seit Jahren neoliberal zu Grunde gerichtet werden. Das wird am Beispiel des Wohnens sehr deutlich: Gab es im Jahr

1987 allein in den alten Bundesländern noch 3,9 Millionen staatlich geförderte Sozialwohnungen, wurde diese Zahl im Rahmen neoliberaler (Privatisierungs-) Politik auf aktuell nur noch 1,5 Millionen

in den neoliberal zerstörten Status Quo zu integrieren. Der Kampf für die umfassende gesellschaftliche Teilhabe der Flüchtlinge ist ein gemeinsamer Kampf aller Unterdrückten: für die Realisierung



Transparent vor der roten Flora. Foto: M.Klaus

reduziert. Das Problem sind nicht die circa 1 Millionen zusätzlich nach Deutschland geflüchteten Menschen, sondern eine über Jahrzehnte zur Steigerung privater Profite ausverkaufte öffentliche Infrastruktur. Doch selbst das greift noch zu kurz, denn auch wenn die Handlungsfähigkeit sozialstaatlicher Strukturen bewusst beschnitten wurde, wäre es angesichts des riesigen privaten Reichtums in Deutschland (allein in Hamburg leben 42.000 MillionärInnen) sofort möglich, alle geflüchteten Menschen in würdigen Wohnungen unterzubringen. Einen Beitrag dazu könnte leisten, aus Spekulationsgründen leerstehende Wohnungen zu beschlagnahmen und dort Wohnunterkünfte für Flüchtlinge zu schaffen. So ließe sich sicher auch eine Verwendung für die bereits jetzt 1,7 Millionen leerstehenden Wohnungen finden.³

Die aktuelle Situation ist eine Krise neoliberaler Politik und Ökonomie, die den Sozialstaat radikal zusammengekürzt und auf Leistungsideologie (Hartz IV-Sanktionen) umgestellt hat, von der alle Menschen betroffen sind. Es kann bei der Solidarität mit den geflüchteten Menschen also nicht darum gehen, diese

des Grundrechts auf Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung und Kultur. Damit wird dann das Engagement für Flüchtlinge zu einem gemeinsamen Kampf mit ihnen für eine emanzipatorische, entgeltfreie öffentliche Infrastruktur. Nächste Schritte dafür sollten die Bedarfsorientierung, Demokratisierung und ein massives Neubauprogramm der städtischen Wohnungsbaugesellschaft (SAGA), die Ausfinanzierung von Schulen und Hochschulen (inklusive genügend Plätzen für Deutschkurse), der Ausbau der Beschäftigung im öffentlichen Dienst, die Abschaffung von Hartz IV zu Gunsten einer sanktionsfreien Mindestsicherung und die Rekommunalisierung der Krankenhäuser sein.

Sich für das Erreichen dieser Ziele solidarisch zusammenschließen ist bereits ein wichtiger Teil des Kampfes für eine bessere Gesellschaft. So wird wirksam die forcierte Vereinzelung der Verhältnisse und das Gefühl der Ohnmacht durchbrochen, was ein sozialer Nährboden für rassistische Parolen ist. Dem entgegen können wir gemeinsam für ein „gutes Leben für Alle“ statt gegeneinander kämpfen, wie es AfD, PEGIDA und Co. gerne hätten.

Artur Brückmann

³ www.zeit.de/wirtschaft/2015-09/leerstand-fluechtlingsunterbringung-wohnungsbau-schrumpfung-land-dorf

¹ alle Zahlen aus „Flüchtlinge Willkommen – Mythen und Fakten zur Migrations- und Flüchtlingspolitik“. Info-Broschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Christian Jacob, Februar 2016: www.rosalux.de/publication/40329/fluechtlings-willkommen-refugees-welcome.html
² siehe RLS-Broschüre, Seite 8

Auf Facebook lasen wir am 20. März 2016 von Laura Schoch, Aktivistin aus Österreich:

Hier in Idomeni sind unpackbar viele Kinder, in allen vorstellbaren Größen. Überall wo man hinschaut, sind Kinder, und überall wo man hinkommt, läuft irgendein Kind sofort her. Alle husten, alle haben verrotzte Gesichter, alle haben dreckige Sachen an, viele weinen, viele schauen gegenseitig aufeinander, viele haben Hunger, wollen kuscheln und spielen, alle sind sie irgendwie sehr tapfer. Heute früh sind wir in Teams von Zelt zu Zelt und haben ihnen Bananen zum Frühstück gebracht, ein paar Seifenblasen gemacht und Ballons aufgeblasen. Diese Kinder brauchen dringend Vitamine und ein bisschen Spaß, aber dringender brauchen die ein zu Hause. Wie es den Mamas und den Papas geht, kann man eigentlich nur erraten: Eine Familie aus Syrien wollte ihr Spiegeleifrutstück mit uns teilen und bei einem Kaffee am Feuer hat uns eine Familie erzählt, dass sie seit Sommer 2014 unterwegs ist, sie haben uns für heute zum Newrozfest eingeladen. Ganz normale Leute, die von europäischen PolitikerInnen gezwungen werden, da zu sitzen und hoffnungslos zu warten und tatsächlich entmenslicht werden. Diese Leute bleiben stark, aber viele wirken gebrochen. Wenn man nach dem Hackeln in diesem Moloch der Tristesse liest, dass Österreich auf ein Schließen der Ostbalkanroute drängt, versteht man die Welt echt nicht so ganz. Schickt einfach 50 Doppeldeckerbusse her, holt diese Leute von Europa nach Europa und gebt ihnen ihre Würde zurück, die haben sich das nicht so ausgesucht.

Unterzeichnet den Appell „Züge der Hoffnung“ von FaktenCheck Hellas, die ca. 50.000 in Griechenland gestrandeten Menschen nach Deutschland zu holen: www.faktencheckhellas.org/appell/

Teile und herrsche!

Deutschland ist ein reiches Land, in dem die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht. Neben einer allgemein gebotenen Hilfsbereitschaft hat Deutschland auch noch eine moralische Verpflichtung Geflüchtete aufzunehmen, da es für die Fluchtursachen mitverantwortlich ist (Waffenexporte, Beteiligung der Bundeswehr an Kriegseinsätzen, Ausbeutung der Ressourcen anderer Länder, Landgrabbing, Überschwemmung des afrikanischen Marktes mit subventionierten Lebensmitteln, die

die Existenz der afrikanischen Bauern zerstören, usw.) Deutschland ist zusätzlich in der Lage, die Aufnahme und Eingliederung vieler Geflüchteter zu finanzieren. Es wäre genug für ALLE da und es dürfen Geflüchtete nicht gegen andere sozial Benachteiligte ausgespielt werden.

Die Ausgaben für Unterkunft, Versorgung und „Integration“ der Geflüchteten werden deutschlandweit pro Jahr auf 10 bis 20 Mrd. Euro geschätzt. Das ist eine beachtliche Summe, für die man laut Presse aber weder die Schuldenbremse lösen muss, noch wird es für notwendig

gehalten – wie es DIE LINKE fordert – die Reichen stärker zu besteuern.

Können wir es den besonders sozial Benachteiligten mit deutschem Pass verdenken, wenn sie sich die Frage stellen, warum es in den letzten Jahren nicht möglich war, eine deutliche Erhöhung des Regelsatzes für Harz-IV-Betroffene zu finanzieren oder warum zum Beispiel der Hamburger Senat es nicht geschafft hat, vernünftige ganzjährige Unterkünfte für ca. 3.000 Wohnungslose zu schaffen, statt unwürdige Massenlager wie im Pik As zu dulden oder jedes Jahr ein unzureichendes Winternotprogramm, bei dem die Menschen tagsüber in die Kälte gescheucht werden, aufzulegen? Jetzt plant der Hamburger Senat Unterkünfte für 40.000 Geflüchtete. Leider gibt es

INHALTSVERZEICHNIS:

- 2 Gegen Rechts: Eine Politik der Hoffnung. Für die Realisierung der Grundrechte für Alle
- 3 Nachricht aus Idomeni
- 3 Teile und herrsche!
- 4 Der Staat, das Asylrecht, Angela Merkel und die Wutbürger
- 5 Nach den Wahlen geht die Reise nach rechts
- 6 Jens-Uwe, Sahra Wagenknecht und ein veganer Löwe
- 7 Verfassungsbeschwerde gegen direkte Demokratie
- 8 CETA und TTIP stoppen – Zementierung neoliberaler Politik verhindern
- 9 Erdogans Kriegskurs in Kurdistan
- 10 „Spritzenplatz bleibt – unser Platz an der Sonne“
- 11 Integration wirklich gewollt?
- 11 Bücherkiste Links: Aussichten auf eine glückliche Zukunft...
- 12 Regelmäßige Termine und Impressum

aber genügend Dumpfbacken, die diese Politik den Geflüchteten anlasten und nach Begrenzung schreiben.

In Altona wurden im Jahr 2015 1.969 Bauanträge für Wohnungen genehmigt, davon waren ganze 74 geförderte Miet-



wohnungen (wo bleibt der viel versprochene Drittmix?). Das ist ein Skandal!!!

Die Wut der Betroffenen ist vollständig nachzuvollziehen! Aber statt die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, wird von einem Teil nach den Schutzsuchenden getreten und nicht gemeinsam mit ihnen gegen die Investoren, Spekulanten, Kapitalisten und deren Handlanger in der Politik gekämpft. Das Kapital wünscht sich Uneinigkeit seiner Untertanen. Dann kann es viel widerstandsfreier seine Interessen durchsetzen.

Der stärkste Ausdruck dieser Spaltung

ist das Wahlergebnis der AfD, insbesondere, wenn man den WählerInnenanalysen Glauben schenkt, dass bei den letzten Landtagswahlen gut ein 1/3 der AfD-WählerInnen ArbeiterInnen und Arbeitslose waren.

Sie würden sich wundern, wenn sie wirklich mal in das AfD-Wahlprogramm und den bundesweiten Programmwurf sehen würden:

Die AfD will das Arbeitslosengeld I privatisieren, die ArbeitnehmerInnen sollen dann selbst für den Fall der Arbeitslosigkeit vorsorgen z.B. über private Versicherungsangebote.

Die AfD will Harz IV abschaffen, dafür sollen Langzeitarbeitslose für 1000 Euro per Zwangsarbeit gemeinnützige Arbeit leisten. Sie will die Gewerbe- und Erbschaftssteuer abschaffen, für Schei-

dungen wieder die Schuldfrage einführen, Gleichstellungsbeauftragte und Frauenquote abschaffen, Kernenergie stärken, keine Politik, die auf Verminderung CO2-Ausstoßes hinausläuft, denn das schwäche die Wirtschaft usw. (kurz vor Redaktionsschluss wird bekannt, die AfD will ihren Programmwurf verändern, die mehrfachen Veröffentlichungen zeigen Wirkung).

Eine Reservarmee von Arbeitskräften, wie sie jetzt durch Geflüchtete zusätzlich bereitsteht, lieben die Kapitalisten. Schnell kam von Wirtschaftsverbänden die Forderung, dass bei den Geflüchteten auf den Mindestlohn verzichtet werden müsse. Geflüchtete sind besonders rechtlos. Die Unternehmen können sich mit Hilfe von Praktika die Rosinen unter ihnen herauspicken. Wer aufmuckt oder auf Rechte besteht, kann wieder gehen. Sie spielen uns gern gegeneinander aus. Teile und herrsche ist das Prinzip. Wenn wir es zulassen. Nur durch solidarisches, gemeinsames Handeln werden wir etwas erreichen. Alle Lohnabhängigen und Erwerbslosen, egal ob mit oder ohne deutschem Pass haben letztlich die gleichen Interessen und stehen auf der gleichen Seite.

Es gilt noch immer, was Marx und Engels einst forderten:

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Marlit Klaus

Der Staat, das Asylrecht, Angela Merkel und die Wutbürger

Zum Verstehen dessen, was gerade in der BRD geschieht, gehört zu wissen, wie politische Willensbildung funktioniert. Der Staat der BRD ist eine repräsentative parlamentarische Demokratie. Die StaatsbürgerIn wählt für die verschiedenen Ebenen seine RepräsentantInnen in die Parlamente. Diese wiederum haben sich in politischen Parteien organisiert. Die WählerIn gibt in diesem System nicht nur bildlich, sondern tatsächlich, ihre Stimme ab. An der konkreten politischen Meinungsbildung ist sie nicht beteiligt. Erst bei der nächsten Wahl verteilt sie mit dem Stimmzettel Zeugnisse für die Vergangenheit. Die meisten politischen Entscheidungen werden nicht auf der Ebene gebildet, die diese Entscheidungen durchsetzen muss. So auch in der Flüchtlingsfrage. Asyl-

recht, europäische Konventionen werden nicht auf der Ebene der Durchführung, den Kommunen, rechtlich diskutiert und geregelt. Kurz, wenn der Fall eintritt für den das Gesetz geschaffen wurde, hat die BürgerIn keine Ahnung, was die Politik kann und was nicht.

In solchen Fällen orientiert sie sich am „gesunden Menschenverstand“. Sie denkt, Asylrecht ist Gastrecht und bekommt das von populistischen Politikern auch bestätigt. Vom Asylbewerber erwartet sie, dass er sich verhält wie sie selbst sich als Gast verhalten würde: man lümmelt nicht auf dem Sofa der GastgeberIn herum, wie man es bei sich zuhause machen kann und behandelt die Gastgeberin höflich und nicht wie die Frau zuhause. Das erwartet sie auch, wenn sie selbst Gäste hat. Und wenn sich Gäste

nicht benehmen können, fordert sie sie im Zweifelsfall auf, zu gehen. Auf den Staat übertragen heißt das: Abschiebung. Dass der Staat, selbst wenn er wollte, das rechtlich und auch organisatorisch gar nicht kann, macht sie wütend.

Enttäuschung ist der Auslöser für diese Wut. In der Blütezeit des Deutschen Idealismus entwickelte sich die Sicht auf den Staat als ein quasi höheres Wesen, eine moralische Instanz über der bürgerlichen Gesellschaft stehend. Diese Sicht klammert aus, dass der moderne Staat auch immer ein Klassenstaat ist, der in der BRD einerseits die Konkurrenz des besitzenden Bürgertums untereinander regelt und überwacht, andererseits einen Klassenausgleich versucht zwischen der herrschenden Klasse und den beherrschten Klassen.

Die Bundeskanzlerin ist keine absolutistische Herrscherin, doch man sah sie gern so und verehrte sie geradezu. Folgerichtig traut man ihr nun alles zu und macht sie für alles verantwortlich als gäbe es keine Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative – gerade so als könne sie dem örtlichen Polizisten Dienstanweisungen erteilen oder die Dienstanweisungen seines Dienstherrn einkassieren.

Die Wut auf Angela Merkel ist der eines verschmähten Liebhabers nicht unähnlich. Hasskommentare findet man in der digitalen Müllkippe (Facebook) nicht nur bei Pegida- und AFD-AnhängerInnen, sondern querbeet. Und wer den KollegInnen am Mittagstisch zuhört, der hört es auch dort.

Dazu passt gut, was Adorno, Erich Fromm und andere zum autoritären Charakter herausfanden. Er verehrt Au-

toritäten, möchte von ihnen anerkannt sein. Wenn er sich von ihnen vernachlässigt fühlt, reagiert er mit Liebesentzug, entzieht den Mächtigen die Loyalität

Das ist aber nur seine Form, um die Liebe der Autorität zu kämpfen. So kann es gut sein, dass wir uns bald die Augen wischen, weil die WutbürgerInnen zu ihrer Angela Merkel zurückgefunden haben.

Heinz-Dieter Lechte

Nach den Wahlen geht die Reise nach rechts

Die Alternative für Deutschland (AfD) holte bei den Landtagswahlen im März 2016 quasi aus dem Stand zweistellige Ergebnisse und zog in die Länderparlamente von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ein.

Allein in Sachsen-Anhalt wählte jeder Vierte die AFD. Die Rechtspopulisten sind nunmehr in acht Landtagen, im Parlament der Europäischen Union und nach der hessischen Kommunalwahl in fast allen Kreistagen vertreten. Sie jetzt noch zu unterschätzen und sie allein auf eine Protestwahlpartei zu reduzieren, wäre im hohen Maße fahrlässig. Noch vor einem dreiviertel Jahr stand die AFD kurz davor, sich zu zerlegen. Der Parteigründer Bernd Lucke sowie zahlreiche neoliberale und europakritische Mitglieder hatten nach heftigen Querelen die Partei verlassen. Die AFD verlor infolge der Streitigkeiten und wegen ihrer stümperhaften und rechtstümelnden parlamentarischen Arbeit in den Landtagen und im Europaparlament in der Bevölkerung anfänglich an Zustimmung.

Dann heizten zahlreiche prominente CDU- und CSU-PolitikerInnen die Flüchtlings- und Asyldebatte im sträflichen Maße an und hetzten gegen Flüchtlinge, HelferInnen und die Wir-Schaffen-Das-Haltung der Bundeskanzlerin. Sie beschworen gegen jede Realität die dunkle Gefahr einer Asylanenschwemme herauf, der man mit Härte Herr werden müsse, begleitet von Protesten, Übergriffen und Anschlägen aus der rechtsextremen, faschistischen Szene. Die Anschläge von Paris und die Silvesterereignisse mit den zahlreichen sexuellen Übergriffen von Männern auf Frauen steigerten die Angst

vor dem islamischen Glauben. Vorurteile entwickelten sich in der aufgeheizten Stimmung vermeintlich zur Gewissheit. Männliche Flüchtlinge standen plötzlich in der öffentlichen Wahrnehmung unter Generalverdacht. Sachliche und differenzierte Betrachtungen haben es in so einer Stimmung sehr schwer.

Die AFD, die spätestens nach der Spaltung aus ihrer nationalistischen, flüchtlingsfeindlichen Haltung keinen Hehl

Friedensprozesses und gegen das brutale Vorgehen der türkischen Militärs in den kurdischen Gebieten im Ohr hatte, staunt nun, wie schnell alles Schnee von gestern sein kann.

Die Bundesregierung biedert sich geradezu an Erdogan an, stellt der Türkei die EU-Mitgliedschaft in Aussicht, macht über die EU-Kassen Milliardenbeträge locker und die unterdrückte kurdische Bevölkerung wird wieder zu einem Volk von Terroristen. Hauptsache, die Flüchtlingsdebatte wird beruhigt und die Türkei beherbergt alle Flüchtlinge, die dort sind, die noch dahin kommen und die wieder dorthin zurückgeschickt werden sollen. Von einer Willkommenskultur, vom Recht der Menschen auf ein unver-



In Sachsen-Anhalt wählte jeder Vierte unter 25 Jahre die AFD. Das würde in Ottensen so aussehen. Fotomontage: Birger Gente

mehr machte, wurde plötzlich in den Umfragen der demoskopischen Institute nach oben gespült. Der Druck von rechts wurde stärker. Die SPD, vorher noch wortgewaltig an der Seite der Geflüchteten, knickte ein und begab sich auf einen asylpolitischen Schlingerkurs. Wer noch die Kritik der Bundesregierung anlässlich der gewaltsamen Niederschlagung der demokratischen Proteste in der Türkei, gegen den diktatorischen Eingriff in die Pressefreiheit, gegen die unvermittelte Beendigung des türkisch-kurdischen

sehrtes, würdiges und freies Leben und vom uneingeschränkten Recht auf Asyl ist in Deutschland nur noch bedingt und viel zu leise die Rede.

Das gilt nicht nur für Deutschland. Europa und die Europäische Union schotten sich ab, machen die Grenzen dicht. Von wenigen Ausnahmen abgesehen will kein Land Flüchtlinge aufnehmen. Wasser auf den Mühlen der Rechten und Ängstlichen. In allen vier Bundesländern war das Thema im März das Leitmotiv der Wahlstimmenabgabe. Aber nicht aus-

schließlich! Ein weiterer Grund, die AFD zu wählen, war die allgemeine Unzufriedenheit mit den Parteien, insbesondere mit der SPD und der CDU.

Die Sozialwissenschaftler Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs sowie der Philosoph, Politikwissenschaftler und Soziologe Andreas Stahl, deren Wahlbericht und Analysen die Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlichte, resümieren folgendes: „Wir gehen davon aus, dass die AFD – anders als die Piratenpartei – eine tektonische Verschiebung des Parteiensystems darstellt. Mit ihr verabschiedet sich ein spürbarer Teil christdemokratischer und christsozialer Wähler/-innenschaft, der von jeher nationalkonservativ dachte. Dieses Spektrum ist am ehesten mit dem Milieu der Republikaner vergleichbar (...) und konnte über einen langen Zeitraum von der Union gebunden werden bzw. fand keine andere Repräsentationsfläche. Die NPD war für diesen bürgerlichen Teil des Republikaner-Lagers nicht wählbar.“ (S. 20) „Die AFD“, heißt es in der Zusammenfassung der oben angesprochenen Analyse, „repräsentiert eine bedeutsame gesellschaftspolitische Minderheit und wurzelt in einer traditionsorientierten, wertkonservativen Grundströmung der Gesellschaft, die politisch heimatlos geworden ist. Insofern sind mit dem Wahlabend ihre Chancen gestiegen, sich auch nach Abklingen der Protestpartei-Funktion im Parteiensystem als 6-12%-Partei zu behaupten.“

In der Einschätzung der AFD gibt es auch weitgehende Aussagen. Nach Ansicht des Kompetenzzentrums Rechtsextremismus der Schiller-Universität in

Jena vertritt die AFD einen völkischen Nationalismus. Dafür spricht, dass diese Partei laut Infratest dimap besonders für Wähler/-innen mit einer rechtsextremen Einstellung attraktiv ist. In Sachsen-Anhalt schwenkte zum Beispiel ein Großteil der NPD-Wählerschaft zur AFD über. Auffällig war das Wahlverhalten in rheinland-pfälzischen Wahlkreisen, in denen die AFD Kandidaten/-innen stellte. Dort kandidierten die NPD und die faschistische, nationalrevolutionäre Partei Der III. Weg nicht. In Baden-Württemberg gab es eine Zweitstimmekampagne der NPD: „Erststimme AFD, Zweitstimme NPD“.

Außerdem tummeln sich zahlreiche ehemalige Mitglieder von NPD und „Die Freiheit“ in den Funktionärs- und Organisationsstrukturen der AFD. Die Neue Rechte ist eine Art ideologisches Becken rechtsextremer, völkisch nationalistischer und nationalrevolutionärer Parteien, die in Deutschland seit den 1960er Jahren immer wieder auftreten und seither auf die faschistische Szene einen großen ideologischen Einfluss ausübt. Das AFD-Wahlprogramm in Sachsen-Anhalt spiegelt diesen Einfluss stark wider.

An vielen Orten arbeiten AFD-Mitglieder mit rechtsextremen Pegida-Aktivistinnen und Mitgliedern verschiedener rechtsextremer Parteien und Kameradschaften zusammen oder grenzen sich vielerorts zumindest nicht von ihnen ab. In Sachsen-Anhalt wurde die AFD wegen ihrer Hetze gegen die Flüchtlingspolitik mit 24,2% der Wahlstimmen als zweitstärkste Fraktion in den Magdeburger Landtag gewählt, obwohl die Partei gerade einmal 335 Mitglieder zählt (Stand 28.01.2016).

Das ist nicht nur mit einer Protestwahl zu erklären und lässt Schlimmes ahnen. Dort wählte jeder Vierte unter 25 Jahre die AFD, ein sehr hoher Wert. Der Bielefelder Demokratieforscher Andreas Zick stellt unter den Jugendlichen eine Sehnsucht nach einem nationalen Chauvinismus und nach nationaler Abschottung fest. Viele seien empfänglich für Populismus und würden sich als Verlierer der Globalisierung sehen.

In allen drei Bundesländern holte die AFD die meisten Stimmen in der vorwiegend männlichen Bevölkerungsgruppe im Alter von 25 bis 44 Jahren. In Baden-Württemberg waren 32% der AFD-WählerInnen arbeitslos, in Sachsen-Anhalt 36% und in Rheinland-Pfalz 26%. Die Arbeiter und die Angestellten bildeten die nächst größeren WählerInnengruppen der AFD. In Wahlkreisen mit einer überdurchschnittlich hohen sozialen Benachteiligung wie in Mannheim I (23% für die AFD), in Pforzheim (24,2 % für die AFD), in Bitterfeld (31,9%), in Zeitz (30,4%) sowie in Halle I (25,8%) oder in Ludwigs-hafen II mit 20,7% der Stimmen für die AFD wird deutlich, dass vielerorts den bürgerlichen Parteien wie auch der Partei Die Linke nicht mehr vertraut wird.

Hier wie anderswo in Deutschland ist eine klare antifaschistische und antiras-sistische Haltung gefragt.

Hier wie anderswo müssen klare gesellschaftspolitische, antikapitalistische Alternativen aufgezeigt werden, um Rechtspopulisten, Nationalisten und Faschisten keine Chance zu geben, eine „tausendjährige“ Geschichte zu wieder-holen.

Volker Vödisch

Jens-Uwe, Sahra Wagenknecht und ein veganer Löwe

Sich in einer komplizierten Welt machtlos zu fühlen, und sich nach einfachen Antworten zu sehnen, die einem diese Last von der Brust nehmen, gilt für viele Menschen. Dass der rechte Bodensatz der Gesellschaft ähnlich empfindet, soll uns nicht daran hindern, dieses Gefühl auch bei uns wahrzunehmen. Die Welt ist tatsächlich kompliziert, das Leben nicht einfach.

In jungen Jahren war ich unterwegs eine evangelische Gemeinde zu politisieren. Wir hatten diverse Arbeitsgruppen initiiert. In einer machte Jens-Uwe mit, ein leiser junger Mann, der nie etwas sagte. An einem Abend, ich war wohl gerade wieder dabei, die Welt zu erklären, brüllte

Jens-Uwe wie ein Stier: „Heinz-Dieter, du willst immer, dass wir unglücklich sein sollen: ICH BIN NICHT UNGLÜCK-LICH!“ Dann war Stille.

Ich habe später oft an Jens-Uwe und seine gequälte Seele gedacht, wenn ich mal wieder auf die Massen sauer war. Jens-Uwe war nicht blöd. Er wusste genau wo er lebte, wer das Sagen hatte und wer nicht. Er hat nur nicht zugelassen, dass diese Erkenntnis Besitz von ihm ergreift. Wie der Volksmund sagt: „was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß!“ Die Möglichkeit und Notwendigkeit zur grundlegenden Veränderung wird von den Menschen nicht nur bezweifelt, sie macht ihnen auch Angst.

Wie werden die Mächtigen reagieren, wenn wir sie nicht mehr wählen? Diese Angst kann man ihnen auch nicht ausreden; sie ist begründet.

„Man kann ja sowieso nichts machen!“ Bei diesem Satz aus dem Mund von KollegInnen schwoll mir regelmäßig der Hals. Ich hatte ihnen hundertfach gesagt, kommt am nächsten 1. Mai zur Demo! Denn, wenn in Hamburg und anderswo statt 5.000 Leuten plötzlich 500.000 kommen, haben wir am nächsten Werktag eine andere Politik. Wer kam? Keiner! Gott, wie blöd kann man sein, dachte ich. Erst später habe ich begriffen, dass sie mich sehr wohl verstanden hatten.

Fortsetzung S. 7 nach der Fraktionsbroschüre



NACHRICHTEN AUS DER BEZIRKSFRAKTION DER LINKEN ALTONA

Ausgabe Frühjahr/Sommer 2016

DIE LINKE.
BEZIRKSFRAKTION ALTONA

Die Schutzsuchenden, die BürgerInnen und das Baurecht

Der für die aktuelle Ausgabe der Fraktionsbroschüre verfasste Gast-Artikel der Anwohnerinitiative Otte60 beschreibt den konkreten Fall einer geplanten Innenhofbebauung in Ottensen. Ich möchte vor diesem Hintergrund darauf eingehen, was aus der Sicht unserer Bezirksfraktion derzeit im Baubereich von-statten geht bzw. sich verändert hat.

Die sog. Qualifizierte Bauleitplanung wurde in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts mit dem Baugesetzbuch

die bei Neubauvorhaben den Be- und AnwohnerInnen gesunde Lebensverhältnisse zusichern und bei Abweichungen von diesen Vorgaben mittels sog. Befreiungen es ermöglichen, im Gegenzug städtebauliche Verträge an die Baugenehmigungen zu hängen, die z.B. die Anzahl der zu realisierenden Sozialwohnungen festlegen. Allerdings dienen diese Befreiungen, die von den politischen Parteien in den Bauausschüssen erteilt werden, sehr oft auch nicht zuletzt den Investoren- bzw. Spekulanteninteressen, um eine dichtere und höhere Bebauung

indem Flächen ausschließlich oder zumindest teilweise zur Nutzung durch Gewerbe ausgewiesen werden. Da diese Flächen in der Regel nur eingeschossig genutzt werden können und die Betriebe – insbesondere im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe – maximal Mieten von 10 Euro pro qm erwirtschaften können, ist es stets das Bestreben der Grundeigentümer, ihre Gewerbeflächen in Wohngebiete umwidmen zu lassen, wo man derzeit im Altonaer Kerngebiet bei Neuvermietungen locker Mieten von 15 Euro realisieren kann, und das multipli-



Ottensen 60, Innenhof mit Kleingewerbe Foto: Birger Gente

BauGB beschlossen und legt fest, dass für relativ kleine überschaubare Wohn- oder Landschaftseinheiten Bebauungspläne als Ersatz alter Baustufenpläne erarbeitet werden sollen. Grundlage dieser sog. B-Pläne sollen neben einer intensiven öffentlichen Beteiligung in Gestalt von Anhörungen, Auslegungen, abzuwägenden Einwendungen usw. eine Vielzahl von Gutachten sein, die verkehrliche Fragen, Lärm, Verschattung, Kinderspielflächen, Feinstaubbelastung, Naturschutz usw. betreffen. Insgesamt alle Regelungen,

zuzulassen, als sie zuvor in den B-Plänen festgelegt wurden.

Dennoch bilden diese B-Pläne einen gewissen Schutz der Bevölkerung vor der hemmungslosen Profitgier der Immobilienbesitzer, ihren Baufirmen, den Investoren und Projektentwicklern, deren vordringlichstes Ziel in der Regel die Realisierung einer möglichst hohen BGF – Bruttogeschossfläche – pro Quadratmeter Baugrundes ist.

Die B-Pläne sollen aber auch Handwerks- und andere Betriebe schützen,

ziert mit der Geschosshöhe, so dass bei einer inzwischen üblichen Höhe von V plus Staffel-Geschoss ungefähr die neunfache Rendite oder mehr winkt. Dies ist durch Befreiungen von den planerischen Vorgaben in den B-Plänen aber nicht ganz einfach durchzusetzen und gerichtlich anfechtbar, wenn es den Grundzügen der Planung widerspricht und sich ein Kläger findet, der leider selber unmittelbar betroffener Eigentümer sein und sehr viel Geld haben muss, da die Kosten für so ein Verfahren bei 20.000 Euro beginnen und nach oben hin offen sind, zumal diese Verfahren mindestens durch zwei Instanzen gehen.

Was derzeit im Zuge der vorgeblichen Flüchtlingsunterbringung geschieht, setzt all diese hart erkämpften Schutzregelungen außer Kraft. Insbesondere der im Eilverfahren im Oktober 2015 neugeschaffene §246 BauGB ermöglicht es, unter Umgehung gültiger B-Pläne Gewerbeflächen, Landschaftsschutzgebiete und Gemeinbedarfsflächen (z.B. Schulgelände oder öffentliche Grünflächen) in

Viele der öffentlichen Flächen werden allerdings auch an die SAGA verkauft, was zunächst unbedenklich oder als unsinnig erscheint, da die SAGA ja zu 100% der Stadt gehört. Tatsächlich bedeutet dieses eigenartige Verfahren allerdings, dass die SAGA ihre überschüssigen Mieteinnahmen nicht nur in Instandhaltung oder Wohnungsneubau investieren kann, sondern als Gewinn an den Senat abführen und zudem zum Erwerb städtischer Grundstücke aufwenden muss, also nicht wie ein kommunales, sondern wie ein privates gewinnwirtschaftlich orientiertes Unternehmen agiert. Im Falle des Verkaufs der SAGA durch den Senat, wie es unter Ole von Beust schon einmal beabsichtigt war, wären natürlich auch die verkauften öffentlichen Flächen im Besitz des neuen SAGA-Eigentümers.

Wohngebiete für Flüchtlingsunterkünfte umzuwandeln, die allerdings nur für 15 Jahre (maximal 30 Jahre) als solche genutzt werden müssen. Danach können die Investoren damit machen, was sie wollen. Auf diese Weise werden derzeit eine Vielzahl öffentlicher Flächen an sog. Investoren zu einem Preis verkauft, der einer Schenkung gleichkommt, oder durch eine Blitz-Umnutzung von Gewerbe- bzw. Landschaftsschutzfläche in Wohngebiet eine mindestens neunfache Wertsteigerung erfährt (s.o.). Die Öffentlichkeit wird bei diesen Express-Verfahren genauso wenig wie die Bezirkspolitik beteiligt, sondern allenfalls informiert.

Die Wohnungen, die so geschaffen werden, dürfen durch den städtischen Betreiber öffentlicher Unterbringung – fördern&wohnen – ausschließlich an anerkannte oder geduldete Flüchtlinge vergeben werden, so dass eine Durchmischung zum Zwecke der Integration ausgeschlossen ist.

Dies ist auch eines der wichtigsten Argumente der erfolgreichen „Volksinitiative für erfolgreiche Integration IFI“ gegen die so geplanten Express-Wohnungen, die noch dazu in Gestalt von Groß-Siedlungen mit bis zu 800 Wohneinheiten errichtet werden sollen.

Gleichwohl sich diese Initiative nachdrücklich von der AfD und ähnlichen rechten Kräften distanziert, ist uns durchaus bewusst, dass sich dort auch Personen tummeln, denen es weniger um eine gute Integration als um eine Fernhaltung von Flüchtlingen von ihrem Wohnumfeld handelt. Sei es aus Sorge vor einem möglichen Wertverlust ihrer Grundstücke durch die Flüchtlings-Nachbarschaft, sei es aus dumpfer Fremdenfeindlichkeit – erinnert sei an Monty Python's: „wir haben nichts gegen Fremde, auch unter uns gibt es

Fremde, aber diese Fremden sind nicht von hier“ – oder aus anderen Gründen, z.B. weil sie ihre ehrenamtliche Flüchtlingshilfe überrollt und verunmöglicht ansehen durch die massive konzentrierte Ansiedlung oder aus medial geschürten Ängsten vor migrantischen Männern, die

auch uns auf die Zinne gebracht hat, ist zunächst eine Frage der Demokratie.

Natürlich darf die Demokratiefrage nicht die Humanität unterbuttern, indem die akute Notsituation zur menschenwürdigen Unterbringung von Schutzsuchenden aus Ländern, in denen



Ottensen 60, andere Seite des Innenhofs, noch grün, luftig und sonnig Foto: Günter Sommer

„unsere Frauen“ sexuell bedrängen. Ob „unsere Frauen“ an Silvester und Karneval im allgemein stark alkoholisierten Event-Wahnsinn nicht auch von „Bio-Deutschen“ bedrängt werden und was hinter diesem offensichtlich nicht ganz spontan entstandenen flash-mob an Silvester in Köln und Hamburg stand, sei mal dahingestellt.

Doch zurück zum Baugesetz.

In Rissen, wo jetzt die Hauptanzahl der für den Bezirk Altona geplanten und vom Senat geforderten Flüchtlingswohnungen errichtet werden soll, geht es um ein Gebiet, wo nach jahrelangem oben beschriebenen demokratischen Verfahren gerade erst ein B-Plan auf- und als Gesetz festgestellt wurde, der nun per ordre de mufti (hier von Olaf Scholz) mit einem Federstrich in die Tonne getreten wird.

Dass dies die Menschen in Rissen und

Krieg und Terror unvorstellbaren Ausmaßes wütet, missachtet wird. Dies darf aber nicht dafür missbraucht werden, dass durch die Hintertür letztlich in erster Linie Investoren- und Spekulanteninteressen bedient werden.

Deswegen stehen wir nach wie vor zu der Forderung nach dezentraler Unterbringung in einer durchmischten Wohnweise wie sie viele Stadtteile – wie z.B. Ottensen – belebt und befruchtet hat, ohne dass dort fremdenfeindliche Tendenzen aufgetaucht wären. Hierfür müssen wir streiten und uns insbesondere mit der Volksinitiative IFI vorurteilsfrei auseinandersetzen.

Robert Jarowoy

Um das Ganze an einem konkreten Fall zu verdeutlichen, haben wir die Initiative Otte60 um einen Bericht gebeten (nachfolgender Beitrag: Altona Seite 4).

INHALTSVERZEICHNIS:

- 2 Die Schutzsuchenden, die BürgerInnen und das Baurecht
- 4 Otte60-AnwohnerInnen gegen Stadtzerstörung und Gentrifizierung
- 5 Interview mit Robert Jarowoy: Gedanken zur Flüchtlingsproblematik
- 6 Stellungnahme zur Volksinitiative gegen Großunterkünfte
- 7 Die Tucholsky-Schule als Schule gerettet, die Stadtteilschule Königstraße vor dem Aus
- 8 Hingeschaut: Ein Tag in der Kemenate, dem einzigen Hamburger Tagestreff für wohnungslose Frauen
- 9 Nicht allein: Bei häuslicher Gewalt und Stalking
- 10 Keine Einladung des Generalkonsulats der Türkei zur altonale!
- 10 Zur Arbeit des Jugendhilfeausschusses
- 11 Der kranke Patient Jugendhilfe
- 12 Bezirksfraktion Altona und Die Linke in der Bezirksversammlung Altona
- 12 Impressum

Otte-60-AnwohnerInnen gegen Stadtzerstörung und Gentrifizierung

Vorbemerkung: OTTE60 ist parteipolitisch unabhängig, auch der Autor dieser Zeilen gehört keiner Partei an. Natürlich freuen wir uns über jede Unterstützung. Wenn uns also morgen CDU, SPD oder Grüne bitten sollten, einen Artikel auch für ihr Parteiorgan zu schreiben: Machen wir gerne, bitte melden!



AnwohnerInneninitiative „Otte60“ Foto: Günter Sommer

ist der Zusammenschluss von z.Zt. rund 150 Nachbarinnen und Nachbarn aus der Friedensallee, dem Hohenzollernring und der Großen Brunnenstraße – alles AnwohnerInnen eines der letzten grünen Innenhöfe in Ottensen. Wir haben uns im Herbst 2013 zusammengeschlossen, als der Grundeigentümer Christian Gloe seinen Plan für eine Innenhofbebauung vorstellte: Vier- bis fünfgeschossige Würfel im Stil der Hafencity, überwiegend Luxuswohnungen. Unsere Position: Wohnungsbau ist o.k., aber er muss maßvoll und bezahlbar sein. Kurz nach der Bürgeranhörung besuchten wir mit etwa 80 AnwohnerInnen den Planungsausschuss. Die Abgeordneten waren beeindruckt und erklärten unisono: „Der Plan ist überzogen, drei Geschosse reichen völlig, die Bürger müssen beteiligt werden ...“ Dann allerdings wurde es schwierig. Die SPD wollte einen vom Investor bezahlten Vermittler beauftragen. Das passte uns nicht. Nur mit Mühe setzten wir einen öffentlich tagenden Runden Tisch durch. Weitere Tricks folgten, unter anderem etwa der Versuch, durch Verlegung des Runden Tisches in einen kleineren Raum die Öffentlichkeit weitgehend auszuschließen. Schließlich einigten wir uns auf einen Kompromiss: Reduzierung der Baumasse von ursprünglich 12.000 auf 7.332 Quadratmeter, maximal drei Geschosse, mindestens 30 bis 50% Sozialwohnungen. Ein Architektenwettbewerb mit diesen Eckpunkten sollte ausgeschrieben werden. Der Planungsausschuss bestätigte den Kompromiss mit der Mehrheit von CDU, Grünen und Linken. Während

die Verhandlungen noch liefen, lasen wir Ende Januar 2016 in der Zeitung von einem neuen Plan, den die mittlerweile als Vorhabenträger beauftragte Firma OTTO WULFF ausgetüfelt hatte: Nun sollten es Flüchtlingswohnungen sein. Und nicht mehr 7.000 oder 12.000 Quadratmeter, sondern 15.000 Quadratmeter. Nicht mehr drei Geschosse, sondern fünf. Dafür allerdings 30 Jahre Sozialbindung für alle Wohnungen. Flüchtlingswohnungen und 30-jährige Sozialbindung finden wir gut, als völlig überzogen und nicht tolerierbar erachteten wir die Verdoppelung des Bauvolumens. Auch fänden wir eine soziale Mischung vernünftiger als Wohnungen ausschließlich für Geflüchtete. Die Bezirksversammlung stimmte am 28.01.2016 für einen Prüfauftrag an die Verwaltung im Sinne der WULFF-Pläne. Wenige Tage später trafen wir uns erneut mit Politik, Investor und Verwaltung zum Runden Tisch. Plötzlich erklärte nun Stephan Wulff, Firmenchef von OTTO WULFF: „Wir wollen keine geförderten Wohnungen, wir machen frei finanzierten Wohnungsbau“. Sind die Flüchtlinge für die Firma Wulff also nur Mittel zum Zweck der Profitmaximierung?

Unsere Position dazu: Wir können auch über mehr Baumasse als die vereinbarten 7.332 Quadratmeter reden – wenn tatsächlich 100% Sozialwohnungen mit 30-jähriger Sozialbindung gebaut werden. Fünf Stockwerke und 15.000 Quadratmeter werden wir jedoch keinesfalls akzeptieren. Wenn wir uns auf dieser Grundlage mit der Politik einigen kön-

nen, ist unser Innenhofproblem gelöst. Wenn nicht, geht der Konflikt weiter.

Als Anwohnerinitiative OTTE60 arbeiten wir zusammen mit anderen Initiativen und Organisationen, die sich für eine sozial gerechte Stadtentwicklung von unten einsetzen: Pro Wohnen (Ini gegen den Zeise-2-Klotz), Nachbarschaftsinitiative Bahrio 68 (Innenhof Leverkusenstraße/Stresemannstraße), Spritzenplatz-Ini, Altonaer Manifest, Mieter helfen Mietern und andere mehr. Viele fragen sich jetzt: Machen Runde Tische überhaupt Sinn, wenn die Gegenseite derart trickst? Brauchen wir nicht andere, entschlossener Widerstandsformen? Die Bebauung des Kemal-Altun-Platzes konnte die Ottenser Bevölkerung in den 80er Jahren abwenden durch monatelange Besetzung. Der Kampf gegen den Büroklotz Zeise 2 hingegen scheint verloren.

Was tun? Ich meine: Öffentlich tagende Runde Tische verhindern wenigstens, dass Investoren ihre Pläne still und heimlich durchziehen. Sie sind eine Art Demonstration und ein politisches Lehrstück. Mit jedem Runden Tisch hat OTTE60 weitere MitstreiterInnen gewonnen. Aber reicht das?

So oder so: Wenn wir nicht nur unseren Innenhof und unseren Spritzenplatz erhalten, sondern ernsthaft Sand ins Getriebe der Stadtzerstörungs- und Gentrifizierungsmaschine schütten wollen, werden wir auch über weitergehende Widerstandsformen nachdenken müssen.

Es liegt an uns.

Hannes Classen,
Anwohnerinitiative OTTE60

Interview: Gedanken zur Flüchtlingsproblematik

Gespräch mit Robert Jarowoy, Fraktionsvorsitzender der Linkenfraktion in der Bezirksversammlung Altona

ALiNa: Robert, offensichtlich sind im vergangenen Jahr ca. eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Wie erlebst Du das grundsätzlich und auch speziell hier in Altona?

Robert: Auf der einen Seite gibt es die Willkommenskultur aus humanistisch-humanitären und kirchlichen Kreisen, andererseits steigen die Ängste schütrenden Zustimmungswerte der immer rechtsradikaler werdenden Kreise kontinuierlich. Zwischen diesen Polen gibt es eine Vielzahl von Menschen, die völlig verunsichert sind. Mit denen müssen wir als Linke uns auseinandersetzen und sie nicht einfach in das Lager von Pegida und AfD abdrängen, indem wir sie mit denen gleichsetzen.

ALiNa: Kannst Du das für den Bezirk Altona konkretisieren?

Robert: Ich habe in Rissen, einer der vom Senat geplanten Großunterkünfte für Flüchtlinge, an Veranstaltungen mit bis zu 500 Menschen als Vertreter unserer Partei teilgenommen und mit über hundert BürgerInnen per E-Mail korrespondiert und dabei ein sehr differenziertes Bild der Stimmungslage bekommen. Natürlich gab es welche, die überhaupt gegen Fremde sind und solche, die um die Werthaltigkeit ihrer Grundstücke fürchten, die durch die Nachbarschaft von Flüchtlingen bedroht sein könnte, aber es gab deutlich mehr Leute, die sich um ganz andere Dinge sorgten.

ALiNa: Was konkret sorgt diese Bürgerinnen und Bürger?

Robert: Werden unsere eigenen Kinder noch hinreichend in der Schule gefördert, wenn es lauter Flüchtlingskinder in den Klassen gibt?

Werden diese vielen überwiegend alleinstehenden jungen Männer ohne Arbeit, Familie und Perspektive nicht zudringlich werden und Mädchen und Frauen belästigen?

Und auch: wie sollen wir denn bei solchen Massen von Flüchtlingen in einer Großanlage noch irgendetwas Sinnvolles zu ihrer Unterstützung bzw. Integration tun können?

Viele haben sich darüber hinaus empört, dass Bebauungspläne, die über viele



Foto: Asmus Henkel

Jahre mit öffentlicher Beteiligung und diversen unabhängigen Gutachten erstellt und zuletzt als Gesetze beschlossen wurden, einfach außer Kraft gesetzt wurden, weil man ja die Flüchtlinge unterbringen müsse. Die Bürgerbeteiligung dabei bestand dann in sog. Informationsveranstaltungen, in denen mitgeteilt wurde, was der Senat an Großunterbringungen beschlossen habe und was die Bezirke abzunicken und umzusetzen hätten.

ALiNa: Das sind nachvollziehbare Sorgen! Wie reagierst du darauf?

Robert: Wenn man mit all diesen Sorgen ernsthaft umzugehen versucht, ergeben sich verschiedene Aspekte:

Zunächst – eher überraschend und um die Dramatik etwas herunterzufahren – ist der demographische Ausgleich der dahinschwindenden bundesdeutschen Bevölkerung selbst durch eine Million Zuwanderung pro Jahr noch nicht einmal kompensiert.

Des Weiteren: die nicht gerade üppige Versorgung der Flüchtlinge ist nicht nur ein Kostenfaktor, sondern auch ein gigantisches Konjunkturprogramm.

Dann die Frage der „Überfremdung“ in den Kindergärten und Schulen. Nach allen Erfahrungen lernen die migrantischen Kinder in Handumdrehen deutsch und beflügeln den Unterricht, wobei es keinerlei Erkenntnisse gibt, dass dabei Konflikte unter den Kindern aufgekommen sind – es sei denn, sie werden von Eltern und Betreuern z.B. in Sportvereinen geschürt.

ALiNa: Und was sagst du, wenn du auf sexuelle Übergriffe von Flüchtlingen angesprochen wirst?

Robert: Die Frage der sexuellen Belästigung ist ein sehr schwerwiegendes

Problem, das allerdings weniger mit der Herkunft der Männer zusammenhängen dürfte, und schon gar nicht mit ihrer Religion, sondern mit ihrer Situation. Dies ist kein Rechtfertigungs- sondern ein Erklärungsversuch. Bei einer Million Flüchtlingen, von denen Dreiviertel alleinstehende junge Männer sind, wird es immer wieder zu Übergriffen kommen.

Hier kann allenfalls eine Integration Abhilfe schaffen, die sich nicht durch perspektivloses Herumsitzen in Wohncontainern oder beliebig zusammengewürfelten Wohngemeinschaften entwickeln kann – und auch nicht durch gutgemeinte Unterhaltungsprogramme ehrenamtlicher HelferInnen –, sondern durch eine Integration in Arbeitsverhältnisse, die es all diesen überwiegend jungen Männern ermöglicht, sich eine Existenz mit Familiennachzug oder -neugründung aufzubauen.

ALiNa: Und woher sollen diese Arbeitsplätze kommen?

Robert: Dies kann m.E. nur durch ein öffentliches Arbeitsprogramm erfolgen, allerdings nicht auf der Basis von 1-Euro-Jobs, sondern durch sozialversicherte Anstellungen in gesellschaftlich nützlichen Bereichen.

Beispielhaft sei hier genannt: statt die Beschäftigtenzahlen in den Bauhöfen dramatisch herunterzufahren, mit der Folge der zunehmenden Verwahrlosung der öffentlichen Parkanlagen, könnten hier Arbeitsplätze für Flüchtlinge geschaffen werden. Genauso in einem kommunalen Wohnungsbau durch die SAGA, wenn diese tatsächlich kommunalen Wohnungsbau betreiben würde und nicht Gewinne erwirtschaften müsste, um sie in den allgemeinen Hamburger Haushalt abführen zu müssen. Auch statt dem ständigen Outsourcing von Küchen in Schulen, Kitas, Krankenhäusern und ähnlichen Einrichtungen.

ALiNa: Gibt es erfolgreiche Beispiele für solche Maßnahmen? Und besteht nicht die Gefahr, dass der Mindestlohn unterlaufen wird?

Robert: Derartige Maßnahmen wurden in Altona schon in den 20er Jahren von Max Brauer, dem Bausenator Oelsner und dem Grünanlagendirektor Tutenberg erfolgreich angegangen. Und hier könnten Flüchtlinge ihre mitgebrachten handwerklichen Fähigkeiten und innovativen Kenntnisse als Gärtner, Köche oder Bauarbeiter auch ohne besonders

gute Deutschkenntnisse oder akademische Qualifikationen einbringen.

Das würde aber ein Umsteuern der gegenwärtigen Politik bedeuten, in der Unternehmens-, Erbschafts-, Vermögens- und Börsensteuern immer weiter abgesenkt werden und dadurch die öffentlichen Haushalte mit dem Instrument der Schuldenbremse regelrecht abgewürgt werden. Hier müssten im Gegenteil Einnahmequellen wiedereröffnet werden, die es noch unter der Kohl-Regierung gab, oder neu geschaffen werden.

Und zur Frage nach dem Mindestlohn, ja, in der freien Wirtschaft werden gerne

Arbeitsplätze für Flüchtlinge angeboten, um damit den Mindestlohn zu unterlaufen oder – vor allem in der Gastronomie oder dem Gebäudereinigungsbereich – die Sozialversicherung zu umgehen.

Das führt zu einer weiter fortschreitenden Spaltung der Gesellschaft und den entsprechenden Reaktionen, denn in ihrer Not werden die Flüchtlinge fast jede Arbeit annehmen, um aus ihrer Situation des Herumsitzens in Containern herauszukommen, was von privaten Arbeitsvermittlern schamlos ausgenutzt werden wird.

Insofern als Resümee: ohne vernünfti-

ge Arbeitsangebote mit der Perspektive, eine eigene Familie unterhalten zu können, werden einige dieser jungen Männer diese für sie unmöglich nachvollziehbaren Bespaßungsveranstaltungen wie Silvester oder Karneval immer wieder falsch verstehen und die Vorurteile gegen Muslime oder überhaupt alles Fremde durch Übergriffe bedienen, wobei die Frage nicht beantwortet ist, wieviel Übergriffe dieser Art es durch einheimische Männer bei diesen Veranstaltungen gibt.

ALiNa: Robert, wir danken Dir für dieses Gespräch.

Stellungnahme zur Volksinitiative gegen Großunterkünfte bzw. korrekt: „Initiativen für erfolgreiche Integration Hamburg“ IFI

Was wir unterstützen können, was mit uns nicht geht:

Auf der Homepage der Volksinitiative www.ifi-hamburg.de ist unter Forderungen unter anderem zu lesen:

- Flüchtlinge „an vielen kleinen Standorten unterbringen“
- von Anfang an eine Durchmischung von Flüchtlingen und Einheimischen sicherstellen
- umfassende Beteiligung der Bürger
- menschenwürdige Unterbringung in ZEAs und deren Verkleinerung
- ein Viertelmix geförderter Wohnungsbau für Geflüchtete, geförderter sozialer Wohnungsbau, frei finanzierten Wohnungsbau und Eigentumswohnungen
- den Leerstand von Wohnraum in Hamburg (ca. 1.000 Objekte) untersuchen und ggf. eine Nutzung ermöglichen
- verstärkt für eine „private Unterbringung“ werben und diese unterstützen

Das sind Forderungen, die wir im Wesentlichen unterstützen. Wünschenswert wäre zusätzlich auch eine Beteiligung der Geflüchteten als Betroffene, die sich ja zum Teil auch gut organisieren. Büroleerstand könnte nach Umbau auch viel stärker genutzt werden usw.

Forderungen auf den Unterschriftenlisten

Was dann aber zur Abstimmung gestellt wird, hat nur noch etwas mit Begrenzung zu tun. Insbesondere:

„Ich fordere die Bürgerschaft und den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, alle erforderlichen Schritte zu ergreifen, damit:

1. in Folgeunterbringungseinrichtungen und Wohnbauvorhaben, die nach dem 26.02.2016 in Betrieb genommen oder erweitert werden, zu keiner Zeit mehr als 300 Flüchtlinge untergebracht werden (...)
3. zwischen allen Standorten mit mehr als 100 Flüchtlingen ein Mindestabstand von 1.000 Meter (Luftlinie) liegt. Mit Zustimmung der jeweiligen Bezirksversammlung kann der Mindestabstand im begründeten Einzelfall auf bis zu 500 Meter reduziert werden (...)

Wenn und soweit Standorte den vorstehenden zwingenden Kriterien 1. und/oder 3. nicht entsprechen, sind sie bis spätestens 31.12.2019 zu verkleinern, zu verlegen und/oder in eine zulässige Nutzung zu überführen. Wenn und soweit Senat und/oder Bürgerschaft die Verantwortlichkeit und/oder Trägerschaft für Standorte auf Dritte übertragen haben, sind unverzüglich alle notwendigen Schritte zu ergreifen, um die fristgerechte Umsetzung auch bei solchen Standorten sicherzustellen.

(...)

Bei einer Planung von Wohnungen/Unterkünften für 40.000 Geflüchtete kann man sich ausrechnen, dass dies so nicht machbar ist. Wir benötigen schnell menschenwürdige Unterkünfte und Wohnungen für Geflüchtete, d.h. es muss dringend Leerstand belegt und es müssen geförderte Wohnungen gebaut werden – allerdings unter Einbeziehung der AnwohnerInnen und Geflüchteten und in einer Weise, die soziales Leben in den Stadtteilen attraktiv macht. Wir brauchen z.B. auch Grünflächen und sonnige Plätze zum Verweilen – sonst bleibt es bei menschenunwürdigen Unterkünften und/oder führt zu Obdachlosigkeit.

Das ist mit einer Forderung, zwischen allen Standorten mit mehr als 100 Geflüchteten einen Mindestabstand von 1.000 Meter Luftlinie oder im Einzelfall 500 Meter einzuhalten, nicht zu erreichen.

Eine Abweisung von Schutzsuchenden, weil angeblich der Platz im reichen Hamburg nicht ausreicht, lehnen wir ganz entschieden ab!

Wir sind mit der Bürgerinitiative VIN Rissen im Gespräch und werden uns auch gern weiter auseinandersetzen.

Die Redaktion

Die Tucholsky-Schule als Schule gerettet, die Stadtteilschule Königstraße vor dem Aus

Der Ausschuss für Kultur und Bildung hat als einen Inhalt den Bereich Schule in unserem Bezirk.

Als sich in einer der letzten Sitzungen die neue Schulleiterin der Tucholsky-Schule und das Arbeitskonzept der Schule vorstellte, war endlich die Diskussion um die Zukunft der Stadtteilschule an der Eckernförder Straße in ein für den Stadtteil sinnvolles Handeln gemündet. Über Monate zuvor wurde von Seiten der Behörde und der alten Schulleitung darüber geredet, die Schule an dem Standort aufzulösen und den Standort in das Neubaugebiet an der Harkortstraße zu verlagern.

Diese Idee war damit verbunden, den Gebäudekomplex abzureißen und an der Stelle Wohnungen zu errichten. Das hätte bedeutet, dass im Bereich Altona Nord keine Schule mehr existiert hätte, die dazu hätte beitragen können, dass sich Kinder und Jugendliche des Einzugsbereiches selbstverständlich in der Schule begegnen und so soziale Unterschiede und mögliche Konflikte im schulischen Alltag zum Thema gemacht werden und konstruktive Konzepte für ein Miteinander der Bewohner erörtert und erprobt werden können.

Der Ruf der Schule war in den letzten Jahren so schlecht geworden, dass kaum mehr Eltern bereit waren, ihre Kinder an dieser Stadtteilschule anzumelden. Erst auf dem Wege der behördlichen Umverteilung von SchülerInnen konnte überhaupt ein SchülerInnenstamm aufrechterhalten werden.

Innerhalb des Kollegiums hatte es Jahre gedauert, bis sich die dort tätigen LehrerInnen von ihrer Geschichte als Aufbaugymnasium verabschiedet hatten und die in der LehrerInnenausbildung befindlichen ReferendarInnen und ein Teil der dort länger tätigen LehrerInnen die neue Aufgabe als Stadtteilschule angenommen hatten. Dies Tal von organisatorischem Chaos scheint nun durchschritten zu sein.

Dem Ausschuss wurde ein Konzept von individuellem Lernen und projektbezogenem Unterricht vorgestellt, das auf Nachvollziehbarkeit und Zustimmung stieß. Durch den Auszug der Kaufmännischen Berufsschule aus dem Standort verfügt die Schule über ausreichend

Räumlichkeiten für Differenzierungen und für Fachunterrichte.

Das Kollegium hat neben der Aufgabe der Stadtteilschulentwicklung auch die Aufgabe der Beschulung von jungen MigrantInnen in Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK) angenommen.

Weil an vielen Stadtteilschulen derzeit mit einer hohen Zahl von WiederholerInnen der 10. Klassen gerechnet wird und

dung für diesen Schritt wird mit den Anmeldezahlen für die 12-jährigen Gymnasien im Kerngebiet gegeben, die einen zusätzlichen Gymnasialstandort nötig machten. Die Stadtteilschule Königstraße, die zum Verbund der Stadtteilschule Am Hafen gehört, hatte Jahre mit dem Abbau eines schlechten Rufes zu kämpfen, der sich aus der Zeit der Haupt- und Realschulen erhalten hatte. Nachdem die



Bisherige Stadtteilschule Königstraße. Hier soll das dritte Gymnasium im Kerngebiet entstehen, wobei gleichzeitig die Raumkapazitäten am Standort Allee durch Baumaßnahmen ausgeweitet werden. Foto: Birger Gente

weil es wegen der SchülerInnenmengen in den nachfolgenden Jahrgangsklassen unmöglich scheint, die betroffenen SchülerInnen am jeweiligen Standort wiederholen zu lassen, wird erwogen, u.a. an der Tucholsky-Schule zusätzliche 10. Klassen einzurichten.

Auf die LehrerInnen der Tucholsky-Schule kommt damit eine besondere Herausforderung zu. Sie sollen innerhalb eines halben Jahres SchülerInnen, deren Leistungen für den Mittleren Schulabschluss kaum oder gar nicht ausreichen, konzentriert auf den schriftlichen Teil dieses Qualifizierungsniveaus vorbereiten und gleichzeitig auch das Leistungsniveau in der alltäglichen Unterrichtspraxis so anheben, dass die SchülerInnen auch kompetent themenbezogene Präsentationen in den verschiedenen Fachunterrichten abliefern können.

Neben dem Thema Tucholsky-Stadtteilschule gab es Ende des letzten Jahres aus der Schulbehörde heraus die Entscheidung, die Stadtteilschule an der Königstraße zu schließen. Die Begrün-

LehrerInnen der Schule durch ihre Arbeit mit den aktuellen SchülerInnenjahrgängen dies endlich geschafft hatten und sie sogar den Weg bereiteten, die SchülerInnen aus den Internationalen Vorbereitungsklassen in die Regeljahrgangsklassen zu integrieren, wird diese Arbeit an diesem Standort durch die Behördenvorgabe abgebrochen.

Mit dieser von uns kritisierten Entscheidung wird aber weder das Problem der SchülerInnen gelöst, die nach der 6. Klasse nicht in die 7. Klassen versetzt werden und deshalb die Gymnasien verlassen müssen. Sie müssen jetzt in den Stadtteilschulen nach dem Misserfolgs-Ergebnis aufgefangen werden und gleichzeitig in die anderen Arbeitsformen der Stadtteilschulen eingeübt werden. Im Kerngebiet Altona werden davon annähernd 20% der SchülerInnen der 6. Klassen betroffen sein, wohl um die 40 bis 50 Kinder. Noch wird mit der Umwidmung der Fläche an der Königstraße das Problem der mangelnden Sportflächenangebote im Freien und in Hallen gelöst,

zumal ein Teil des Geländes für Wohnungsbau ausgewiesen ist.

Von den Behörden wird also Wohnungsbau forciert, im Rahmen des bereits zu Beusts Zeiten propagierten Slogans der wachsenden Stadt. Es wird aber anscheinend nicht ausreichend auf die Infrastrukturfächen und -angebote geachtet, die die Stadt als soziales Gebilde erst lebenswert machen. Insofern fällt die Stadtplanung in Altona hinter Stan-

dards zurück, die mit Namen wie Oelsen verbunden sind.

Dieser Mangel ist nicht unwesentlich damit verbunden, dass die Fachbehörden, die in Hamburg das Sagen haben, die Fachkompetenz der Verwaltung und der Politik in den Bezirken nicht systematisch zur Kenntnis nehmen und offensichtlich politisch gewollt nicht in der Lage sind, in einem kommunikativen Prozess Handlungsgrundlagen zu

formulieren, die eine Vielfalt von Ansprüchen zukunftsweisend in Beziehung setzen.

Auf das Problem, dass nicht ausreichend Wohnraum für den Anteil der Wohnbevölkerung geschaffen wird, die nach geltenden Standards einen Anspruch auf öffentlich geförderten Wohnraum haben, wird an dieser Stelle nicht eingegangen.

Wolfgang Ziegert

Hingeschaut: Ein Tag in der Kemenate, dem einzigen Hamburger Tagestreff für wohnungslose Frauen

Um viertel vor zwei stehen schon acht Frauen draußen und warten, dass die Kemenate ihre Türen aufmacht. Einige Frauen haben Rucksäcke dabei, andere Einkaufstrolleys mit schmutziger Wäsche, denn hier können wohnungslose Frauen kostenlos die beiden Waschmaschinen benutzen. Pünktlich um vierzehn Uhr werden die wartenden Frauen von der Sozialarbeiterin freundlich begrüßt und hereingebeten. Im Speiseraum stehen kostenfrei Kaffee, Tee und Wasser bereit, sowie Brot mit Margarine und Marmelade. Einige Frauen sind sehr hungrig und fangen gleich an, sich Brote zu schmieren und zu essen. Auch die beiden PC-Arbeitsplätze sind schnell belegt. Männer haben keinen Zutritt, denn dies ist ein Schutzraum für Frauen. Einige der Besucherinnen sind vor Männergewalt in ihren Partnerschaften geflohen und konnten nur das Nötigste mitnehmen. Alle Frauen die hierher kommen, stehen finanziell am Rande der Gesellschaft.

In der Kemenate gibt es eine große Küche. Gegen halb fünf an den Öffnungstagen gibt es eine warme Mahlzeit, die von zwei Besucherinnen unter Mitwirkung einer Sozialarbeiterin zubereitet wird. Gekocht wird, was die Hamburger Tafel bringt, Kleinigkeiten werden dazu gekauft. Häufig gibt es Reis oder Nudeln mit Gemüse. Am Wochenende gibt es auch einmal Fisch oder Fleisch. Wohnungslose Frauen bezahlen für diese Mahlzeit 50 Cent, Frauen mit Wohnung einen Euro. Zum Ende des Monats, wenn das Geld knapp wird, dürfen die Frauen auch „anschreiben“ lassen.

Täglich kommen 30 bis 40 Frauen. Es gibt ein gemütliches Wohnzimmer mit Sitzcken, Bücherregalen, Pflanzen und

Aquarium, einem Fernseher und Schließfächern, in denen die Frauen ihre Habseligkeiten einschließen können. Ein Ruheraum mit zwei Betten zum Ausruhen ist auch vorhanden, ebenso eine Dusche. Eine Stunde vor Schließung werden die Lebensmittel der Hamburger Tafel an die Besucherinnen verteilt. Die Kemenate verfügt auch über eine gut sortierte Kleiderkammer. Winterfeste Schlafsäcke und Isomatten werden für obdachlose Frauen vorgehalten. Einige Besucherinnen arbeiten, verdienen aber so wenig, dass sie es sich nicht leisten können, Kleidung zu kaufen und daher darauf angewiesen sind, sich etwas aus der Kleiderkammer auszusuchen.

Der Begriff „wohnungslos“ ist weit gefasst. Wohnungslos sind nicht nur Frauen, die auf der Straße leben, sondern auch Frauen, die zwar ein Zimmer in einer Notunterkunft zugewiesen bekommen, also vorerst eine feste Unterkunft haben, aber eben keinen eigenen Mietvertrag und keine eigene Wohnung besitzen. Auch Frauen, die notdürftig bei Freunden oder Bekannten untergekommen sind, fallen darunter. Kommen dürfen auch Frauen, die zwar wieder eine Wohnung haben, aber mal wohnungslos waren.

Die Kemenate gibt es seit 1992 und wird gefördert von der Behörde für Soziales und Gesundheit. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für die Besucherinnen wird aus Spendengeldern finanziert. Dazu gehören die monatlichen Ausflüge an denen bis zu 15 Frauen teilnehmen dürfen und die manchmal ins Schwimmbad, manchmal ins Kino, Theater, Kunstausstellung oder auch auf den Hamburger Dom oder in den Tierpark Hagenbeck führen. Bei den Ausflügen bekommen die Frauen auch Kaffee und Kuchen spendiert. Es bedeutet ihnen



Kemenate Foto: Birger Gente

sehr viel, soviel Großzügigkeit genießen zu können und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, denn solche Ausflüge können sich die wenigsten selbst leisten; das stärkt vielen Frauen in ihrem harten Alltag den Rücken.

Aus Spendengeldern wird auch die einmal im Monat kommende Friseurin und Fußpflegerin bezahlt, deren Dienste gern genutzt werden. Alle zwei Wochen kommen eine Ärztin und eine Psychiaterin zur kostenlosen Sprechstunde. Nicht alle Frauen, die hierher kommen, sind krankenversichert.

Welche Frauen profitieren von den Angeboten der Kemenate? Nachfolgend eine Auswahl an Schicksalen von Besucherinnen:

Yola aus Thailand wurde nach kriselnder Ehe von ihrem Mann einfach vor die Tür gesetzt. Sie wusste nicht wohin und übernachtete vier Nächte auf einer Sitzbank bei Mc Donald's im Hauptbahnhof, bevor sie ins FrauenZimmer kam, einer Not-Übernachtungsstätte für Frauen.

Susan nahm nach ihrer Scheidung einen vermeintlich guten Job in einer anderen Stadt an und löste dafür ihre Wohnung auf. Nach der Probezeit wurde sie

betriebsbedingt gekündigt und musste von Hartz IV leben. Zurück in Hamburg fand sie Unterschlupf bei Verwandten. Trotz intensiver Suche fand sie als Hartz-IV-Empfängerin keine Wohnung.

Hannelore rettete sich vor ihrem gewalttätigen Ehemann spontan mit zwei blau geschlagenen Augen und schnell in einer Aldi-Tüte verstaute Habseligkeiten mit einem Sprung über den Balkon im Hochparterre und bezog ein Zimmer in einer Notunterkunft.

Karina arbeitete zwei Jahre im Ausland und hatte ihre Wohnung aufgelöst. Aus gesundheitlichen Gründen konnte sie ihren Job nicht mehr ausüben und kehrte nach Hamburg zurück. Nach einigen Nächten in einer Pension musste sie aus finanziellen Gründen in die Notübernachtung für Frauen umziehen.

Marianne wurde arbeitslos, landete schließlich in Hartz IV, konnte ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten,

wurde depressiv, öffnete keine Briefe mehr, wurde zwangsgeräumt und landete nach langem Klinikaufenthalt in einem Zimmer einer Notunterkunft.

Lena hat sich mit ihrem Leben als Obdachlose arrangiert. Sie sagt, sie möchte gar keine Wohnung. Sie ist eine der wenigen wohnungslosen Frauen, die „Platte machen“, d.h. tatsächlich auf der Straße leben. Lena zeigt ein Handy-Foto von ihrer „Platte“ in die Runde: guckt mal, so schön habe ich es dort, ganz zentral und überdacht!

Ute und ihr Freund übernachteten ebenfalls draußen. Sie habe ein „Eigenheim“ im Grünen, eine Stoffvilla. Beide zelten im Wald. Warum, sagt sie nicht. Ihr Leben gehe niemanden etwas an. Ute ist eine gepflegte Erscheinung mit viel Humor und guten Manieren.

Bea hat ihre Wohnung durch eine Zwangsäumung verloren. Sie sei brutal gemobbt und gestalkt worden. Wider-

rechtlich hätten sich ihre Stalker ihrer Möbel und Kleidung bemächtigt. Sie wirkt fröhlich und unbeteiligt und ist immer perfekt zurechtgemacht.

Der soziale Abstieg von **Pia** begann mit ihrer Krebserkrankung. Sie konnte nicht mehr arbeiten und irgendwann auch ihre Miete nicht mehr bezahlen.

Viele Frauen reden nicht über die Gründe ihrer Wohnungslosigkeit, die Erinnerungen sind zu schmerzhaft. Sie sind durch das, was ihnen widerfahren ist, oft traumatisiert. Die Kemenate hilft den Frauen, ihr Leben zu ordnen und sich wieder zu integrieren. Wir brauchen mehr Orte wie die Kemenate, denn Menschen in Not gibt es viele in unserer reichen Stadt. Menschen in finanzieller Not ziehen sich oft zurück und schämen sich ihrer Armut. Mehr Solidarität und Unterstützung sind hier dringend geboten.

Anja Szibalski

(zum Schutz der Frauen wurden die Namen verändert)

Nicht allein: Bei häuslicher Gewalt und Stalking

Ein Tag vor dem 8. März 2016 lud der Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung und Senioren aus Anlass des internationalen Frauentages eine Vertreterin des Projektes „intervento“ vom Verein „verikom“ (Verbund für interkulturelle Kommunikation und Bildung e.V.) ein und bat sie, über die Arbeit von „intervento“ zu berichten.

„intervento“ ist eine proaktive Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt und bei Stalking. Werden der Polizei solche Straftaten bekannt, leitet sie diese mit Einverständnis der Betroffenen an „intervento“ weiter, die dann Kontakt zu den Opfern aufnehmen und ihnen Angebote machen wie: Beratung, Krisenintervention, rechtlicher Beistand nach dem Gewaltschutzgesetz und Unterstützung zum Schutz vor weiteren Gewalttaten. Meistens sind die TäterInnen nahestehende Personen.

Besonders Kinder leiden stark unter dieser gewalttätigen häuslichen Atmosphäre, selbst wenn sie nicht direkt Opfer von körperlicher Gewalt sind. Weil sie aber häufig in den Hintergrund treten – auch bei

den direkten Opfern, die sehr mit sich selbst beschäftigt sind – versucht „intervento“ auch sie zu erreichen und den mitbetroffenen Kindern und Jugendlichen eine speziell dafür ausgebildete Ansprechperson zur Seite zu stellen. Gleichzeitig können auch weitere Hilfesysteme hinzugezogen werden.

Weitere Informationen:

www.verikom.de/projekte/intervento/

Hilfetelefon bei Gewalt gegen Frauen: 08000116016

Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind oder Personen des nahen Umfeldes können sich jederzeit an das bundesweite Hilfetelefon wenden:

Die telefonische Beratung und Information ist kostenlos, anonym und findet rund um die Uhr statt. Die Beratung erfolgt in vielen verschiedenen Sprachen wie Arabisch, Türkisch, Chinesisch, Persisch, Russisch, Vietnamesisch.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung und Senioren ist einer von 14 Ausschüssen der Bezirksversammlung Altona. Der Teilbereich „Gleichstellung“ bezieht sich nicht nur auf die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen, sondern gilt zum Beispiel auch für Menschen mit unterschiedlicher sexueller Identität oder für Menschen mit und ohne Handikap.

In den letzten Jahren wurde das Thema Gleichstellung zwischen Männern und Frauen im Ausschuss nur ca. 1-2 mal im Jahr behandelt. Das ist absolut unzureichend, denn wir wissen, dass Frauen nach wie vor in vielen Bereichen benachteiligt (Bezahlung, Führungspositionen, die Verteilung der Hausarbeit und Kindererziehung etc.) sind. Frauen sind im viel größeren Maße von Gewalt und sexualisierter Gewalt betroffen. Die meisten Straftaten finden allerdings in den eigenen vier Wänden statt, aber auch im öffentlichen Raum kommt es immer wieder zu Übergriffen.

Hamide Scheer, Mitglied im Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung und Senioren



Fotomontage: Birger Gente

Keine Einladung des Generalkonsulats der Türkei zur altonale! Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE an die Bezirksversammlung Altona



Türkisches Konsulat Foto: M. Klaus

Ein Staat, der große Teile seiner eigenen Bevölkerung bombardiert und dabei binnen eines halben Jahres Hunderte Zivilisten – Kinder, Frauen und Alte – tötet, der die Presse und Justiz gleichschaltet, kann kein Partner Altonas sein. Die Bezirksamtsleiterin und die Mehrheit der Bezirksversammlung waren trotz allen Warnungen nicht davon abzuhalten, mit dem Istanbuler Bezirk Maltepe eine Städ-

tepartnerschaft einzugehen. Schließlich würde der dortige Bezirksbürgermeister ja auch gar nicht von der AKP sein.

Dies zog die Partnerschaft zwischen Maltepe und der altonale nach sich. Und nun soll konsequenterweise auch das türkische Generalkonsulat eingeladen und einbezogen werden. Das ist unerträglich.

Am 21.3.2016 schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung in einem Artikel zur aktuellen Situation in den kurdischen Gebieten der Türkei: „...Dabei war vor gut einem Jahr eine politische Lösung des Kurdenkonflikts zum Greifen nahe. Vertreter des Staats und der PKK traten erstmals gemeinsam vor die Öffentlichkeit und legten einen Zehn-Punkte-Plan vor. Beide Seiten hatten sich darauf verständigt, dass Frieden Voraussetzung dafür sein soll, damit jeder in der Gesellschaft seinen Platz findet. Die Einigung hielt nicht lange. Präsident Erdogan persönlich kündigte das ‚Dolmabahce-Memorandum‘ auf. Und der Krieg begann. Die Kurden protestierten gegen die Passivität des türkischen Staats in der Schicksalsschlacht zwischen dem ‚Islamischen

Staat‘ und den syrischen Kurden um die Stadt Kobane. Militante Jugendliche bauten nun Barrikaden, der türkische Staat erklärte sie zu Terroristen, und die Armee machte ganze Stadtviertel dem Erdboden gleich. Hunderttausende wurden obdachlos...“

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksversammlung, die Bezirksamtsleitung nach § 19 BezVG zu verpflichten, keine Einladung an das türkische Generalkonsulat auszusprechen bzw. diese zurückzunehmen, falls sie schon ausgesprochen wurde sowie den Vorstand der altonale aufzufordern, sich weder mit einer Einladung noch einem Sponsoren-Ersuchen an das türkische Generalkonsulat zu wenden.

Petition: Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.

Nachdem die Parteien SPD, Grüne und CDU nicht gewillt waren dem Antrag zu folgen, sondern nur die AfD, mit der wir aber nicht zusammenarbeiten, zogen wir den Antrag zurück.

Die Redaktion

Zur Arbeit des Jugendhilfeausschusses

Wie jeder „Parlaments“-Ausschuss so beschäftigt sich auch der Jugendhilfeausschuss (JHA) Altona mit alltäglichen und recht profanen Dingen, wie z.B. Reparaturen und Neuanschaffungen für Einrichtungen der Offenen Kinder und Jugendarbeit, Erziehungsberatungsstellen und Elternschulen sowie mit der Straßensozialarbeit und weiteren wichtigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendsozialarbeit, der Familienhilfe und dem weiten Feld der Beratung und Bildung. Ohne die Beschäftigung und Abwicklung dieser vermeintlich profanen Dinge würden viele der Einrichtungen auf Dauer Handlungsunfähig. Auch im scheinbar Profanen stecken gesellschaftlich gewichtige Dinge, die natürlich mit LINKS gemacht werden sollten.

Aufreibender und aufregender ist die Verteilung der Finanzen. Wie jeder Bezirk bekommt auch Altona Rahmenzuweisungen und Zweckzuweisungen. Und natürlich steckt hier der Teufel (es gibt mehrere Teufel – der problematischste

und wohl auch demokratiegefährdende ist die schwarze Null) im Detail. Rahmenzuweisungen gibt es u.a. für die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA). Hier kann der JHA in einem fest zugewiesenen Rahmen Geld an die unterschiedlichen Einrichtungen verteilen. Seit Jahren weigert sich der Senat Kostensteigerungen, Tarifsteigerungen sowie einen Inflationsausgleich den Bezirken in den Rahmenzuweisungen mitzugeben. Das bedeutet real eine jährliche Kürzung.

In der Märzsession des JHA haben wir, die LINKE, zwei Anträge eingebracht, die sich mit der prekären finanziellen Lage in der Kinder- und Jugendarbeit beschäftigt. Einstimmig im Ausschuss angenommen wurde die Aufforderung an das Amt, aktuelle Zahlen bzw. deren Entwicklung der letzten Jahre dem Ausschuss an Hand zu geben. Dies ist ein erster Schritt um dem JHA wieder zu mehr Planungsgestaltung zu verhelfen.

Haushaltspolitik der LINKEN muss immer wieder versuchen, sich an der Verteilungsfrage zu orientieren. Wie die

Mittelverteilung zwischen den einzelnen Stadtteilen zu gestalten ist, ist eine wichtige Frage.

Im zweiten Antrag, der sich zunächst noch in der Beratungsschleife befindet, kritisieren wir deutlich die Unterfinanzierung, mangelnde Ausstattung vieler Einrichtungen und Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit, der Familienhilfe sowie anderer Einrichtungen. Wir wollen u.a. erreichen, dass ALLE Einrichtungen in die Lage versetzt werden, den steigenden Zahlen und Themen in der Arbeit gerecht werden zu können. So hat Hamburg einen Bevölkerungszuwachs durch innerdeutsche Wanderungen, durch gestiegene Geburtenraten und durch Zuwanderung aus Europa und vielen nicht europäischen Ländern. Das sind spannende und zukunftsweisende Themen und Aufgaben die gerade im breiten Spektrum der Bildungs-, Kinder- & Jugend- und der Kulturarbeit geleistet UND sehr gut finanziert werden müssen.

Neben der aktuellen Haushalts- und Verteilungspolitik beschäftigt sich der

JHA – Altona seit Dezember 2015 mit dem sehr tragischen Tod eines 13 Monate alten Jungen hier im Bezirk. Aus unserer Sicht gebietet es der Anstand gegenüber der Familie und den betroffenen Jugendhilfeeinrichtungen hier nicht in Einzelheiten zu gehen.

Bedauerlich ist, dass der Bericht der Jugendhilfeeinspektion (JI) diesen Fall nicht umfassend beleuchtet und untersucht hat. Die Mitarbeiterinnen in den ASD-Abteilungen (Allgemeine Soziale Dienste) leisten eine sehr aufreibende

und emotional fordernde Arbeit. Dies erkennt aus unserer Sicht die Jugendhilfeeinspektion nicht genügend an.

Eine ernsthafte Untersuchung durch die JI müsste sich mit dem Gesamtsystem der Jugendhilfe, des entsprechenden Falls beschäftigen und sich nicht nur einer vermeintlichen Fehlersuche beim ASD verpflichtet fühlen. Dabei wäre eine angemessene, sachliche und fachliche Kritik mit dem Ziel der Weiterentwicklung jugendamtlichen Handels für alle Beteiligten weitaus sinnvoller und hilf-

reicher. Wir werden die Entwicklungen und Veränderungen bei den Hilfen zur Erziehung weiterhin in seiner Gesamtheit aufmerksam politisch und fachlich begleiten.

Liebe Leserin und lieber Leser, wir werden hier an dieser Stelle regelmäßiger aus dem JHA berichten. Berichtet ihr uns gerne, was ihr im Jugendhilfebereich bewegt haben wollt und worüber wir Euch mehr berichten sollen. In diesem Sinne

Klaus-Peter Berndt, Jugendpolitischer Sprecher der Bezirksfraktion

Der kranke Patient Jugendhilfe

In der Hamburger Jugendhilfe läuft vieles schief. Eine Neustrukturierung der Kinder- und Jugendhilfe ist überfällig. Die Einsetzung einer Enquetekommission könnte weiterhelfen, wenn sie denn von der Bürgerschaft beschlossen würde. DIE LINKE setzt sich vehement dafür ein. Das geschieht vor einem sehr ernstem Hintergrund.

Die Ökonomisierung des Hilfesystems muss ebenso in Frage gestellt werden wie die Fort- und Weiterbildungspraxis. Im Bereich der Hilfen zur Erziehung ist die Arbeits- und Leistungsqualität schwankend und in einigen Fällen nicht hinnehmbar. Die Meldungen von Kindeswohlgefährdungen und die Zahl der gewährten Hilfen zur Erziehung befinden sich seit mehr als zehn Jahren auf ei-

räumlichen Hilfen und Angebote umsteuern.

Doch die sind nun auch in ihrem Bestand gefährdet, denn das Hamburger Verwaltungsgericht verurteilte die Stadt Hamburg dazu, „es zu unterlassen, im Wege der Zuwendungsfinanzierung oder sonstiger Pauschalfinanzierung Mittel an Träger der freien Jugendhilfe zur Durchführung von sozialräumlichen Projekten (...) zu vergeben“. Das hier verkürzt dargestellte Urteil wurde ausgesprochen ausführlich begründet und stellt grundsätzlich die Berechtigung die verbindlichen erzieherischen Hilfen der Einrichtungen der Sozialräumlichen Hilfen und Angebote infrage, die von den Hilfen zur Erziehung, auf die ein Rechtsanspruch besteht und die grundsätzlich anders finanziert werden, nur schwer zu unterscheiden wären. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat Widerspruch eingelegt und geht in das Berufungsverfahren. Es gäbe noch weitere Probleme und Missstände zu benennen. Doch es wird schon jetzt deutlich, warum gehandelt werden muss.

nem außerordentlich hohen Niveau.

Die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), der Familienförderung, der Sozialräumlichen Angebote und der Jugendsozialarbeit sind schon seit Jahren chronisch unterfinanziert. Die letzten Haushaltskürzungen, noch unter dem damaligen Sozialsenator Scheele, beliefen sich auf 10% der gesamten Rahmenzuweisungen. In der Folge wurden pädagogische Projekte und Einrichtungen geschlossen oder sie erfuhren einschneidende Stellen- und Sachmittelkürzungen.

Einige Bezirke versuchten Einrichtungen zu erhalten, indem sie diese von der OKJA in die neu geschaffenen Sozial-



Foto: Heinz-Dieter Lechte

Im Laufe der letzten Jahre starben viel zu viele Kinder infolge elterlicher Missethandlungen und mangelnder Fürsorge. Dabei offenbarten sich auch Defizite in der Betreuung solcher Familien, die durch strukturelle Missstände eine Verschärfung erfuhren. Dazu zählen ein eklatanter Mangel an qualifiziertem Personal und ein kompliziertes wie viel zu komplexes Regelwerk. Das Fallführungssystem ist unübersichtlich und das zu Recht umstrittene, sehr teure und eher ineffiziente elektronische Datenverarbeitungssystem führt zu einem erheblichen Bearbeitungsaufwand. Zeit, die den zu betreuenden Kindern und ihren Familien fehlt.

Die Aufgabe einer solchen Enquetekommission bestünde im Wesentlichen in der Aufgabe, die Jugendhilfe in seiner Gesamtheit auf dem Prüfstand zu stellen, durchzuchecken und Vorschläge zur Um- oder Neustrukturierung zu entwickeln. Benannte und berufene Mitglieder der Bürgerschaftsfraktionen und unabhängige Sachverständige würden so einer Enquetekommission angehören, wobei letztere in der Mehrheit wären. Die Altonaer Linken begrüßen das Vorhaben ausdrücklich, denn in den vergangenen Jahren haben wir uns sehr für einen qualitativ besseren Aus- und Umbau der Jugendhilfe stark gemacht.

Volker Vödisch, Mitglied des Jugendhilfeausschusses Altona

Bezirksfraktion Die Linke Altona



Das Foto zeigt die Mitglieder der Linksfraktion Altona mit ihrer Geschäftsführerin.

von links nach rechts:

Wolfgang Ziegert

Horst Schneider

Robert Jarowoy, Fraktionsvorsitzender

Mandy Gutierrez Plasser, Geschäftsführerin

Hasan Burgucuoglu

Karsten Strasser, stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Blanca Merz

Mehr Infos: www.linksfraktion-altona.de

**So sind wir zu erreichen: DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona
Am Felde 2 (im Hinterhof rechts)**

22765 Hamburg

Tel: 040 – 25 49 55 47

Email: mandy.gutierrezplasser@linksfraktion-altona.de

In der Regel sind wir montags bis donnerstags von 9.00 bis 12.00 Uhr erreichbar

Die Linke in der Bezirksversammlung Altona

Die Bezirksversammlung tagt jeden vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr im Rathaus Altona, Kollegienaal 1. Stock, Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Es lohnt sich auf jeden Fall, den Volksvertreterinnen und Volksvertretern zuzuhören!

Es gibt folgende Ausschüsse:

1. Hauptausschuss, 2. Ältestenrat/Geschäftsordnungsausschuss, 3. Haushalts- und Vergabeausschuss, 4. Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung und Senioren, 5. Flüchtlinge, 6. Jugendausschuss, 7. Unterausschuss Haushaltsangelegenheiten des Jugendhilfeausschusses, 8. Ausschuss für Kultur und Bildung, 9. Verkehrsausschuss, 10. Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport, 11. Planungsausschuss, 12. Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und regionale Stadtteilentwicklung, 13. Ausschuss für Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit, 14. Bauausschuss

In diesen Ausschüssen arbeiten neben den Fraktionsmitgliedern zubenannte Bürgerinnen und Bürger. Nicht alle gehören der Partei DIE LINKE an, sympathisieren aber mit unserer Politik.

Bis auf den Bauausschuss und den Ältestenrat tagen alle Ausschüsse öffentlich und es können am Anfang der Sitzung eingereichte Fragen gestellt werden.

Mehr Infos: www.hamburg.de/bezirksversammlung-altona/

Impressum:

Redaktion der Fraktion: Robert Jarowoy, Blanca Merz, Wolfgang Ziegert

V.i.S.d.P.: Robert Jarowoy · Am Felde 2 · 22765 Hamburg

Das Titelfoto zeigt einen Teil des Innenhofes mit Kleingewerbe von „Otte 60“. Zukünftig soll es dann modern, viel höher und kompakter werden. Foto: Birger Gente

DIE LINKE.
BEZIRKSFRAKTION ALTONA

Fortsetzung von Seite 6

Nur hatte sie mein Versprechen nicht beflügelt, sondern abgeschreckt. Eine andere Politik war für sie keine Option. Sie wollten im Prinzip, wie Jens-Uwe, dass es blieb wie es war.

Eine gängige politische Forderung sagt, man solle Politik an den Interessen der Menschen ausrichten, sie dort abholen, wo sie sind. Ich halte das für fragwürdig, wenn man mit den Menschen nicht diskutiert, wie Interessen zustande kommen. Leute wie Jens-Uwe bezeichnen sich selbst als unpolitisch, sie geben ihre Stimme ab und wollen ansonsten in Ruhe gelassen werden. Sie dort abzuholen, hieße Politik auf Wahlkampf zu beschränken.

Hochaktuell ist zurzeit die Personifizierung in der Politik. Man redet nicht über Systeme, sondern über Personen. Angela Merkel wird von vielen, die sie gestern noch schätzten, heute geradezu gehasst. Sahra Wagenknecht dagegen finden meine Kollegen toll; sie sehen sie geistig über allen PolitikerInnen thronen. Trotzdem würden sie ihre Partei nicht wählen. Die Botschaft dahinter: am neoliberalen Kapitalismus liegt es nicht. Es liegt am Personal. Funktioniert wie beim Bundes-

liga-Fußball. Trainerwechsel und weiter geht's. Was vielleicht am Verein faul ist, bleibt unterm Rasen verborgen.

Ich nenne diese Politik Populismus. Sie bringt vielleicht Stimmen, aber niemals Emanzipation. Richtige Politik und ein hoher Stimmenanteil können sich widersprechen. Deshalb darf man nicht erwägen, die Politik zu ändern, sondern muss den Kampf um das, was in den Köpfen der Menschen ist, aufnehmen. Können wir sie überzeugen, werden sie uns auch ihre Stimme geben.

Das Kapital hat in der frühen Bundesrepublik den Gewerkschaften einen Deal vorgeschlagen: sogenannte Sozialpartnerschaft gegen Antikommunismus.

Das wirkt bis heute in alle Bereiche der Gesellschaft und bewirkt, dass die Partei Die Linke zwar nicht die Wähler belügt, aber auch glaubt, nicht immer und überall die ganze Wahrheit sagen zu können. Die Wahrheit ist nämlich, aus einem Löwen kann man keinen Veganer machen.

Er ist Fleischfresser und wird es auch bleiben. Nicht anders ist es mit dem Kapitalismus. Reformen sind möglich, wurden und werden gemacht. Reformen finden aber dort ihre Grenzen, wo sie wie

beim Löwen dem Kapitalismus die Existenzbedingungen nehmen. Ich nenne als Beispiel den Wunsch aller vernünftigen Menschen, einschließlich nicht weniger Kapitalisten, das Wirtschaftswachstum zu begrenzen, weil jeder einsieht, dass



Veganer Löwe Fotomontage: Birger Gente

grenzenloses Wachstum auf dieser Erde nicht möglich sein kann. Tatsächlich wächst die Wirtschaft jetzt im dritten Jahrhundert jährlich um ca. 3%. Dem Kapitalismus ist Nullwachstum aber nicht möglich. Er ist wie ein Fahrrad, das umfällt, wenn keiner mehr tritt. Deshalb müssen wir eine Alternative zum Kapitalismus finden. Und ich finde, das darf man den Menschen nicht verschweigen.

Heinz-Dieter Lechte

Verfassungsbeschwerde gegen direkte Demokratie



Am 29. März 2016 rief der Hamburger Senat das Verfassungsgericht zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Volksbegehrens „Rettet den Volksentscheid“ an.

Damit stoppt der rot-grüne Senat vorerst das ganze Verfahren bis zu einem Urteil. Das könnte dazu führen, dass der Volksentscheid nicht wie geplant 2017 parallel zu den Bundestagswahlen stattfinden kann.

Die Begründung des Senates für die Beschwerde ist fadenscheinig:

1. Die Volksinitiative (VI) senke in ihrer Gesetzesvorlage das Zustimmungsquorum.

Die Initiative hat vorgeschlagen, die Zustimmungsquoren auf eine plausible Grundlage zu stellen, denn bisher sind die Zustimmungsquoren willkürlich festgesetzt. Da ein gewonnener Volksentscheid einen Beschluss der Bürgerschaft ersetzt, wäre ein logischer Richtwert die Zustimmungsquoren auf die mindestens erforderliche parlamentarische Zustimmungsrate zu beziehen. Bei einer Entscheidung zu einem einfachen Gesetz

müssen mindestens 50% der Parlamentarier der Bürgerschaft anwesend sein und mindestens 50% von ihnen müssen zustimmen, diese repräsentieren dann 25% ihrer WählerInnen bei der letzten Bürgerschaftswahl.

Daraus ergibt sich für die Initiative auch beim Volksentscheid ein Zustimmungsquorum von mindestens 25% der Wahlberechtigten der letzten Bürgerschaftswahl. Die Bürgerschaft hat es dann selbst in der Hand, die Quoren hochzusetzen. Sie könnte z.B. ihre minimale Anwesenheit bei Abstimmungen zu einfachen Gesetzen von 50 Prozent auf 75% erhöhen.

2. Die Initiative habe den Haushaltsvorbehalt gestrichen.

Das ist eine unsinnige Begründung. Die Initiative hatte in der Aufzählung, was nicht Gegenstand einer Volksinitiative sein kann, den Haushaltsplan deswegen nicht aufgeführt, weil das Gesetz dies schon ausdrücklich regelt.

Das wirklich Entscheidende in der Gesetzesvorlage der Volksinitiative ist das **obligatorische Referendum**. Um einen behutsameren Umgang mit der Verfas-

sung zu erreichen, soll sie nur noch mit Zustimmung des Volkes geändert werden können, so wie dies in Bayern und Hessen seit Jahrzehnten geregelt ist.

Der politische Hintergrund für die Klage ist natürlich ein anderer. Der Senat hat die letzten Volksabstimmungen verloren. Besonders bitter waren dabei der Erfolg der VI „Unser Hamburg, unser Netz“ und die Niederlage des Senats beim Olympia-Referendum.

Wie kann der Senat die Interessen des Kapitals durchsetzen, wenn ihm das Volk dazwischengrätscht.

Der Handelskammer-Präsident Fritz Horst Melsheimer hat darum die traditionelle Ansprache am Silvestertag im Börsensaal vor Kaufleuten und Senat dazu genutzt, um verbal die direkte Demokratie anzugreifen. Die Abstimmungsniederlage beim Referendum für die Olympia-Bewerbung sei für die Hamburger Politik ein „unerwarteter Schlag ins Kontor“ gewesen und werfe die Frage nach der „Zukunftsfähigkeit unserer Stadt“ auf. „Die repräsentative Demokratie [das Parlament] hat sich selbst Schritt für Schritt

immer mehr geschwächt und sich Fesseln angelegt, von denen sie sich kaum noch befreien kann. (...)“ Die Mischform von repräsentativer und direkter Demokratie, führe zur Aufhebung von Entscheidungskompetenz und Verantwortung. „Dieses System ist unberechenbar und neigt zur gegenseitigen Blockade.“ Melsheimer weiter: Es wäre besser „die Regeln des Zusammenwirkens von direkter und repräsentativer Demokratie gründlich zu überarbeiten und die repräsentative Demokratie wieder zu stärken“ und an den Senat gerichtet „... In der Frage der Ertüchtigung unserer repräsentativen Demokratie würde ich gerne Führung bei Ihnen bestellen!“ (aus: DIE WELT 1.1.2016)

Was liegt da also näher, als in diesem Sinne das Verfassungsgericht anzurufen. Der Senat fürchtet die Entscheidungen des Volkes, er kann durch sie seine Macht



Transparent am Haus Haynstraße 1
Foto: Götz v. Grone

(in manchen Fällen) nicht mehr ganz ohne Widerstand ausüben.

Der Senat weiß von der Absicht, des Trägerkreises „Rettet den Volksentscheid“ eine Volksinitiative für kommunale Verwaltungsrechte in den Bezirken vorzubereiten. Das hätte zur Folge, dass die Bezirke eigenständig über ihre Belange entscheiden könnten und auch Bürgerentscheide verbindlich wären. Der Senat könnte dann nur noch bei Angelegenheiten, die die gesamte Stadt betreffen, eingreifen und nicht jede Abstimmung der Bürgerinnen und Bürger auf kommunaler Ebene einkassieren.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ heißt es in Artikel 3 Absatz 2 der Hamburger Verfassung.

Das scheint dem jetzigen Hamburger Senat nicht zu schmecken.

Marlit Klaus

CETA und TTIP stoppen – Zementierung neoliberaler Politik verhindern!

Die Auseinandersetzung um die sogenannten Freihandelsverträge CETA (EU-Kanada) und TTIP (EU-USA) geht dieses Jahr in die entscheidende Runde. CETA wird voraussichtlich 2016 vorläufig in Kraft gesetzt (!) und im EU-Parlament sowie in den nationalen Parlamenten zur Abstimmung gestellt.

TTIP soll in diesem Jahr zu Ende verhandelt werden. Wird CETA nicht verhindert, können US-Konzerne über Filialen in Kanada nahezu dieselben Rechte für sich in Anspruch nehmen wie sie TTIP böte.

CETA und TTIP sollen die herrschende neoliberale Politik ausbauen und unumkehrbar machen. Das hieße: Endgültige Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, Absenkung von mühsam durchgesetzten Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards, das Recht transnationaler Konzerne, vor Sondergerichten alle gesetzlichen und tariflichen Regelungen auszuhebeln, die ihre Profite schmälern. **Zu den „Handelshemmnissen“, die beseitigt werden sollen, gehört die Auflage Sozialwohnungen zu bauen** ebenso wie Fracking- und Nachtflugverbote. Eine Rekommunalisierung früher privatisierter öffentlicher Unternehmen wäre ausgeschlossen (die Fernwärmeversorgung Hamburg ist noch nicht zurückgekauft). Ein höherer Mindestlohn und bessere Emissionsgrenzwerte für Autos und Industrie wären profitmindernd, also ein Handelshemmnis. Wirksame Klimaschutz-Maßnahmen wären noch schwerer durchsetzbar als jetzt schon.

Das internationale Bündnis **Stoppt TTIP**, das deutsche Bündnis **TTIP unfairhandelbar** und das **Demobündnis** vom 10.10.2015 haben in den letzten Jahren zahlreiche Aktionen durchgeführt. Den Höhepunkt bildete die Demonstration der 250.000 in Berlin am 10. Oktober 2015. Auf dieser Grundlage gilt es jetzt den Widerstand zu verstärken. Die BefürworterInnen der Verträge dürfen nicht durchkommen. In SPD und Grünen gibt es viele kritische Stimmen. Ihre Parteiführungen müssen merken, dass eine Zustimmung zu CETA in Bundestag und Bundesrat für sie unkalkulierbare politische Kosten hätte.

Die **TTIP-Aktionskonferenz** hat eine Reihe von Aktionen beschlossen, unter anderem:

- Im Herbst parallele Großdemonstrationen in fünf bis sieben deutschen Städten. Eine davon wird in Hamburg stattfinden. Zusammen mit vielen außerparlamentarischen Akteuren wird DIE LINKE intensiv mobilisieren.
- Am internationalen Aktionstag am 5. November 2016 wird es viele Aktionen in vielen Ländern geben.

DIE LINKE unterstützt das Hamburger Netzwerk Stoppt TTIP, CETA und TiSA bei seiner Entwicklung zu einem aktiven Zentrum des Widerstandes in Hamburg und geht zugleich eigenständig offensiv in die Öffentlichkeit.

CETA, TTIP und TiSA sind zentrale Projekte der Herrschenden zur Durchsetzung und Zementierung neoliberaler Politik. Es stößt auf massiven Widerstand aus großen Teilen der Gesellschaft. Sorgen wir dafür, dass diese Politik scheitert!

Gilbert Siegler

Weitere Informationen:
www.ttip-demo.de
www.ttip-Aktionskonferenz.de
www.stopp-ttip-hamburg.de
www.die-linke-hamburg.de/politik/ttip-stoppen.html

Erdogans Kriegskurs in Kurdistan

Monatelange Ausgangssperren, Massaker und Folter an hunderten Zivilist_innen, Zwangsumsiedlungen, Zerstörungen der Städte, Festnahmen von Journalist_innen Bürgermeister_innen und anderen Oppositionellen, Mordanschläge auf Politiker_innen der Demokratischen Partei der Völker (HDP). Die blutige Liste des AKP Regimes ist endlos und das Schweigen der EU ebenso.



Zerstörte Häuser in der kurdischen Stadt Cizre Foto: Hinrich Schultze

Weltweit unterzeichneten Akademiker_innen, Künstler_innen, diverse Organisationen und andere Persönlichkeiten einen Solidaritätsaufruf mit den Betroffenen in Kurdistan und der Türkei. Ein Aufruf, der sich an die EU richtet. Ein Aufruf, der sich nicht an den Terrorpaten Erdogan richtet. Denn der bekam seinen Freifahrtsschein von der EU. Das Schweigen der EU und die Kooperation Merkels mit Erdogan steht für eine Jahrzehnte lange Politik, in der die wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen höhere Bedeutung haben als Werte wie Menschenrechte, Demokratie, Frauen- und Kinderrechte, Meinungsfreiheit. Werte, mit denen Merkel gegen den Beitritt der Türkei in die EU argumentierte. Werte, die sich die EU vor allem seit Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten in europäischen Ländern Schutz suchen, sich auf die Fahne schreiben und die Ankommenden bei jeder Gelegenheit auffordern, die sogenannten „westlichen Werte“ anzunehmen. Merkel weigert sich trotz des innerparteilichen und außerparteilichen Drucks die Grenzen Deutschlands nicht zu schließen.

Ein richtiger Schritt, denn wer die dra-

matischen Bilder der humanitären Katastrophe an der Grenze zu Mazedonien sieht, weiß warum Deutschlands Grenzen offen bleiben müssen. Ein falscher Schritt ist es aber, ein Abkommen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise mit der islamistischen AKP-Regierung abzuschließen, damit Erdogan die Migrationsbewegung über die Ägäis Richtung Europa stoppt. Im Gegenzug der Türkei Zugeständnisse bei Visa-Liberalisierungen, den EU-Beitrittsgesprächen und Finanzhilfen zu beschließen ist ein

schmutziger Deal und verdeutlicht die gescheiterte und menschenunwürdige Flüchtlingspolitik der EU.

Und damit nicht genug mit den Zugeständnissen an den Terrorpaten Erdogan. Das größte Geschenk der EU ist das Schweigen über seine Kriegspolitik gegen die Kurd_innen (die AKP bezeichnet es als „Säuberungsaktion“), das Schweigen über Erdogans enge Kooperation mit dem Islamischen Staat gegen die Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava (Nordsyrien), das Schweigen darüber, dass Erdogan die Türkei in einen blutigen Bürgerkrieg führt. Ein solcher Deal lässt Erinnerungen erwachen. 2010 schloss die EU einen ähnlichen Deal mit Muammar al-Gaddafi, der lange Zeit als Stabilitätsgarant in der Region anerkannt war. 2011 wurde al-Gaddafi im Bürgerkrieg gestürzt und getötet. Die EU war an seinem Umsturz nicht unbeteiligt.

So schnell Erdogan wieder zum Liebling der EU wurde, so schnell wurde der Ex-Liebling der EU al-Gaddafi zum Diktator und Feind. Die Strategie der EU, Abkommen mit Diktatoren abzuschließen, um die Migrationsbewegung von den Grenzen der EU fernzuhalten ist damals

nicht aufgegangen und wird auch dieses Mal nicht aufgehen. Während Erdogan neue Flüchtlinge durch seine Kriegspolitik in der Türkei und in Kurdistan produziert, freuen sich die EU-Vertreter über ihren gemeinsamen „Erfolg“. Günter Burkhardt, Pro-Asyl-Geschäftsführer bezeichnete das Abkommen als „eine Schande“ für Europa“. Die EU verkaufe die Menschenrechte von Flüchtlingen an die Türkei [...]¹. Recht hat er, dennoch versucht Merkel die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass mit diesem Deal die Probleme gelöst werden. Erdogan spürt die Angst der EU vor weiteren ankommenden Menschen und er spielt mit dieser Angst. Mit weiteren Forderungen versucht er seine Grenzen auszutesten. Immer verbunden mit der Drohung, die türkischen Grenzen zu öffnen und die Schutzsuchenden nach Europa weiterziehen zu lassen. Eine Politik fern von Menschenrechten, fern von Humanität. Ein Deal, der Innenminister de Maiziere dazu veranlasst zu fordern, Erdogans „Säuberungsaktion“ nicht zu beurteilen und schon gar nicht zu verurteilen.

Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Meinungsfreiheit gegenüber neu ankommenden Menschen „verteidigen“ und gleichzeitig diese Werte über Bord werfen, wenn es „nur“ um die Menschenrechte der Kurd_innen geht, wenn es „nur“ um die Rechte der Geflüchteten geht. Während Davutoglu in Berlin mit einer Militärparade gewürdigt wird, werden die, die den IS effektiv bekämpfen und ein selbstverwaltetes, emanzipiertes und demokratisches System mitten im Krieg aufbauen, dämonisiert und als Terrororganisation eingestuft.

Wenn die EU an ihren Werten festhalten möchte, dann nur, wenn sie Erdogan die rote Karte zeigt, ihr Schweigen bricht und von dem gerade abgeschlossenen Abkommen Abstand nimmt. Die EU kann einen Beitrag zur aktuellen Situation leisten in der Türkei, einen Bürgerkrieg verhindern, die „Säuberungsaktionen“ stoppen, indem sie einen erneuten Anlauf für einen Friedensprozess unterstützt und Erdogan ein ernstes Ultimatum stellt. Die Aufhebung des PKK-Verbotes wäre auf europäischer Ebene ein wichtiger Schritt, denn die Einstufung der PKK als Terrororganisation stärkt Erdogans Kriegskurs.

Cansu Özdemir

„Spritzenplatz bleibt – unser Platz an der Sonne“

Überraschend für die BI „Spritzenplatz bleibt – unser Platz an der Sonne“ ist die Bezirksversammlung Altona dem Bürgerbegehren beigetreten und auch die Grob Abstimmung auf Senatsebene ist zu Gunsten der Initiative erfolgt. Wir werden aber trotzdem wachsam bleiben müssen. Wie es dazu kam, schildert dieser Artikel.

Altona hat sich zum El Dorado von Spekulanten entwickelt. Die Quadratmeterpreise sind auf bis zu 8000 Euro

bzw. die BÖAG Beteiligungs- Aktiengesellschaft verkauft worden war. Diese hatten einen Bauantrag für ein futuristisches sechsgeschossiges Monstergebäude eingereicht. Dieser Antrag wurde vom Bauausschuss abgelehnt, weil er die im Bebauungsplan ausgesparte Ecke vor der Telekom mit überbauen wollte. In den Medien wurde kolportiert, dass das Projekt damit gestorben sei.

Der Bebauungsplan für dieses Gebiet war zweideutig. Einerseits erhielt er eine Erhaltungssatzung für die jetzigen Be-

bäude marode seien und er diese Ecke ja aus dem Grund gekauft hatte, um dort richtig Profit zu machen, war absehbar, dass er binnen kürzester Zeit einen neuen Bauantrag unter Aussparung der Ecke einreichen würde.

Deswegen startete die Bürgerinitiative „Spritzenplatz bleibt – unser Platz an der Sonne“ ein Bürgerbegehren für den Erhalt bzw. die Festschreibung der Baukörper in ihrer jetzigen Form. Am 19.11.2015 war dieses Bürgerbegehren mit über 6.000 geprüften Stimmen zustande gekommen. Im Abstimmungsgespräch mit der Initiative wurde von der Verwaltung und den Parteien versucht, einen möglichst langen Zeitraum bis zur Entscheidung in der Bezirksversammlung bzw. einen nötig werdenden Bürgerentscheid zu erwirken, da der Investor gesprächsbereit sei, obwohl er gleichzeitig einen Widerspruch gegen die Ablehnung seines Bauantrages für jenes futuristische Gebäude eingelegt hatte.

Die Initiative hat darauf bestanden, dass in der Bezirksversammlung im Januar 2016 eine Entscheidung getroffen werden müsste, da Gespräche nur auf der gesetzlichen Grundlage eines neu gefassten Bebauungsplanes sinnvoll seien und öffentlich in einem ordentlichen Bebauungsplanverfahren geführt werden müssten.

Noch vor der Entscheidung in der Bezirksversammlung hat jener „Investor“ zwei neue Bauvorbescheidsanträge eingereicht. Die Bezirksversammlung ist mit großer Mehrheit (nur die Grünen haben bei zwei Enthaltungen dagegen gestimmt) dem Bürgerbegehren beigetreten. Und diesmal ist überraschender Weise auch bei der Grob Abstimmung auf Senatsebene keine Zurückweisung erfolgt, so dass das Verfahren für den neuen Bebauungsplan (mit der Zielsetzung des Bürgerbegehrens) aufgestellt wurde.

Nun soll am Anfang dieses Verfahrens ein öffentlicher Workshop stattfinden, an dem sich möglichst zahlreiche Menschen aus Altona beteiligen sollten, damit am Ende nicht doch noch ein spekulantenkonformer B-Plan dabei herauskommt.

Beate Reiss

(Vertrauensfrau des Bürgerbegehrens)



Kundgebung der Ini „Spritzenplatz bleibt – unser Platz an der Sonne“ Foto: R. Schwandt

gestiegen; das bedeutet, jede Aufstockung oder Verdichtung bringt richtig Profit, und dieses Bestreben wird von den Parteien – außer von der Linken – freundlichst unterstützt. So sind sechs Bürgerbegehren bzw. -entscheide in Altona in die Tonne getreten worden. Meist über den Hebel, dass sie vom Hamburger Senat an sich gezogen oder in der sogenannten Grob Abstimmung abgelehnt wurden. Dies ist auf der Grundlage der Hamburger Einheitsgemeinde möglich, die bedeutet, dass die Bezirke und somit Bürgerentscheide und -begehren jederzeit vom Senat und seinen Fachbehörden ausgehebelt werden können.

Im Oktober 2014 wurde bekannt, dass das Areal am Spritzenplatz – von der Eisdiele Venezia bis zu Kypros – an einen sogenannten Investor namens Streithorst

standsgebäude, andererseits – bei deren Abriss – die Möglichkeit einer vier- bis fünfgeschossigen Bebauung plus Staffgeschoss. Damit wäre der „ortskernprägende Charakter“ und eine der wenigen Flächen in dem zunehmend verdichteten Ottensen, wo noch etwas Aufenthaltsqualität ohne Konsumzwang mit Sonne vorhanden ist, nachhaltig zerstört. Ein Antrag der Linken, den Bebauungsplan dahingehend neu zu fassen, dass auch bei Abriss der Gebäude die Höhenentwicklung und Baukörpermasse erhalten bleiben müsste, wurde im Hauptausschuss der Altonaer Bezirksversammlung beschlossen, dann aber seitens der Fachbehörde des Senats in eben jener Grob Abstimmung im Mai 2015 als überflüssig abgewiesen. Da der „Investor“ schon hatte verlauten lassen, dass die Ge-

Integration wirklich gewollt?

Das Wort Integration ist im Moment in aller Munde. Doch was ist damit eigentlich gemeint? Ist es eine Forderung an die Geflüchteten, sich hier schnell an unsere Kultur, Sitten, Gebräuche, Werte, Sprache und Regeln anzupassen? Ist es eine Forderung an den Hamburger Senat alles dafür zu tun, damit die Geflüchteten hier ein Zuhause finden und entsprechend Wohnraum, Bildung, Deutschkurse, Ausbildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung, Möglichkeiten der Begegnung mit den bisherigen BewohnerInnen zu ermöglichen? Oder könnte Integration auch an die Alt-HamburgerInnen gerichtet sein, auf die Geflüchteten zuzugehen, sie willkommen zu heißen,

einzu beziehen und in ihre Mitte aufzunehmen. (ein Teil der HamburgerInnen macht dies ja auch z.B. freiwillige HelferInnen) Wir wissen, dass überall dort, wo es guten Kontakt zu Geflüchteten gibt, Fremdenfeindlichkeit kaum vorkommt, bzw. die Menschen lernen, die Geflüchteten differenziert zu betrachten.

Integration darf nicht einseitig, sondern muss an diese unterschiedlichen AdressatInnen gerichtet sein. Integration wird am besten gelingen, wenn Geflüchtete mit Alt-HamburgerInnen gemeinsam wohnen, wenn also bei jedem Bauprojekt – zusätzlich zu Sozialwohnungen – ein erheblicher Prozentsatz geförderter Wohnraum für Geflüchtete bereitgestellt wird.

Warum ist dies z.B. nicht in der zukünftigen Mitte Altona vorgesehen? Nur für Geflüchtete irgendwo isoliert zu bauen ist das genaue Gegenteil von Integration. Daran stellt sich dann auch die Frage, ob denn Integration in diesem Sinne, also ein wirkliches Miteinander von Alteingesessenen und Neu-HamburgerInnen überhaupt gewollt ist.

Wenn die Geflüchteten über die Stadt verteilt sind, werden die Kontrolle und der schnelle Zugriff auf sie erheblich erschwert. Es würde sich z.B. bei geplanten Abschiebungen Solidarität in der Nachbarschaft bilden, was dieses Vorgehen der nächtlichen Rollkommandos transparent und öffentlich machen würde.

Marlit Klaus

Aussichten auf eine glückliche Zukunft...



glückliche Zukunft: Revolutionärer Humanismus.

Mit dem lesenswerten Vorläufer „Das Rätsel des Kapitalismus entschlüsseln“ (als Taschenbuch erhältlich) legte David Harvey die wissenschaftliche Grundlage für sein neues Buch.

Das neue Buch ist mehr als der Vorgänger eine Innenschau des Kapitalismus und Blick in die Zukunft. Das Buch ist gegliedert in Grundwidersprüche, bewegliche Widersprüche und gefährliche Widersprüche. Ein Grundwiderspruch ist z.B. Gebrauchswert vs. Tauschwert, ein beweglicher Widerspruch, die soziale Ungleichheit. Beweglich heißt sowohl, dass sich da im Kapitalismus was bewegen lässt als auch, dass er da sehr beweglich ist. Ein Beispiel für gefährliche Widersprüche: exponentielles Wachstum. Begrifflich unterscheidet der Autor zwischen Kapital und Kapitalismus. Das macht Sinn: denn auf den Kapitalismus wirken viele verschiedene Kräfte, nicht allein das Kapital, auch antikapitalistische Kräfte. Doch der Kapitalismus ist wendig, passt sich an, wendet emanzipatorische Entwicklungen zu seinem Vorteil. Das Kapital selbst ist starr. Es kann seiner Bestimmung nicht entkommen. Es kann nicht aufhören zu konkurrieren, zu akkumulieren, zu wachsen usw. Nicht umsonst heißt das Hauptwerk von

Bücherkiste Links

Karl Marx „Das Kapital“ und nicht „Der Kapitalismus“. Die Struktur des Buches ähnelt auf verblüffende Weise dem Partei-Programm der Linkspartei: Linke Reformprojekte sind auch im Kapitalismus möglich. Sie sind Handlungsebenen. Andererseits, das konkrete Ziel, „eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können“, braucht „ein anderes Wirtschafts – und Gesellschaftssystem, den demokratischen Sozialismus“.

Doch wohin geht aktuell die Reise des Kapitals? Wer nun hoffte, der Autor könne die Last dieser Frage von seiner Seele nehmen, wird enttäuscht sein. Denn auch David Harvey weiß nicht wie lange das Kapital seine inneren Widersprüche noch überlebt und ob das, was dann kommt, Demokratischer Sozialismus sein wird. Doch auch wenn er nicht alle Antworten weiß, den Fragen ist er gewissenhaft und detailreich nachgegangen. Absolut lesenswert.

David Harvey
„Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus“
 Ullstein 2015, 373 Seiten
 22,00 Euro

vorgestellt von Heinz-Dieter Lechte

Regelmäßige Termine

Mitgliederversammlung

Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Altona

Bezirksvorstandssitzung

Jeden dritten Montag im Monat um 19.00 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksversammlung Altona

Jeden vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr
im Rathaus Altona, Kollegienaal 1. Stock
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Arbeitskreis Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg, Fachforum der Linken

Jeden ersten Donnerstag im Monat um 19.15 Uhr
im Mai 2016 ausnahmsweise am zweiten
Donnerstag (12.05.2016)
in der Geschäftsstelle der Bürgerschaftsfraktion
Lilienstraße 15, 20095 Hamburg

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Werner Haertel, Telefon: 040 – 200 54 67
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Jeden vierten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr
im Bürgertreff Altona-Nord, Gefionstraße 3, 22769 Hamburg

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Volker Vödisch, Telefon: 01577-245 11 70,
volker-voedisch@t-online.de
Horst Schneider, horst.schneider@linksfraktion-altona.de
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Elbvororte

Jeden zweiten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr
im Restaurant Blankenese
Schenefelder Landstraße 169 (Iserbrook), 22589 Hamburg

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf

Jeden dritten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr
im Stadtteilhaus Lurup (Lesecafé),
Böverstand 38, 22547 Hamburg

So erreichen Sie uns:

Web: www.die-linke-altona.de

Mail: info@die-linke-altona.de

Tel.: 040 – 41 35 85 20

Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2 · 22765 Hamburg

Bank: DIE LINKE.Altona

Hamburger Sparkasse | BLZ 200 505 50 | Konto 1268151923

IBAN: DE44 2005 0550 1268 1519 23 | BIC: HASPDEHHXXX

So erreichen Sie die ALiNa-Redaktion:

Mail: alina@die-linke-altona.de

Impressum:

Redaktion: Irfan Cüre, Birger Gente, Metin Kaya, Marlit Klaus, Heinz-Dieter Lechte, Volker Vödisch

V.i.S.d.P.: Beate Reiss · Am Felde 2 · 22765 Hamburg

Gestaltung: Karin Desmarowitz · www.karindesmarowitz.de

Titelfoto: Montage: Birger Gente

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

wer die ALiNa nach Erscheinen regelmäßig per Post zugeschickt bekommen möchte, sendet uns bitte eine Email mit Angabe der eigenen Adresse an alina@die-linke-altona.de

oder schickt die Bestellung per Postkarte an:

ALiNa-Redaktion · Am Felde 2 · 22765 Hamburg.

Wer uns für die Zusendung der ALiNa etwas spenden möchte, kann diese Spende gern unter dem Stichwort „ALiNa“ auf das obige Konto überweisen.

Die Alina-Redaktion